

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

150. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 15. Januar 1997

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Fragestunde (Drucksache 13/6691 vom 10. Januar 1997)	13529 B	Übermittlung des Gutachtens zur Asbestsanierung des Berliner Palasts der Republik an den Bundestag	
Privatisierung des Westerländer Flughafens		MdlAnfr 14, 15 Peter Conradi SPD	
MdlAnfr 2 Egbert Nitsch (Rendsburg) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Antw PStSekt Joachim Günther BMBau	13532 D, 13533 B
Antw PStSekt'in Irmgard Karwatzki BMF	13529 B	ZusFr Peter Conradi SPD	13532 D, 13533 B
ZusFr Jürgen Koppelin F.D.P.	13529 D	ZusFr Hanns-Peter Hartmann PDS	13533 C
Höhe von Zwangsgeldern wegen Nichtumsetzung von EG-Richtlinien; zur Zahlung vorgesehene Haushaltstitel		Zusatztagesordnungspunkt 1:	
MdlAnfr 3 Michael Müller (Düsseldorf) SPD		Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung zur Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit über den erneuten Anstieg der Arbeitslosenzahlen sowie zum erheblichen Rückgang der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland	
Antw PStSekt Dr. Norbert Lammert BMWi	13530 A	Dr. Heidi Knake-Werner PDS	13533 D
ZusFr Michael Müller (Düsseldorf) SPD	13530 B	Johannes Singhammer CDU/CSU	13534 D
ZusFr Ernst Schwanhold SPD	13530 C	Renate Jäger SPD	13536 A
ZusFr Anke Fuchs (Köln) SPD	13530 D	Marieluise Beck (Bremen) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13537 A
Auferlegung von Zwangsgeldern wegen Nichtumsetzung von drei EG-Umwelt- und Naturschutzrichtlinien		Paul K. Friedhoff F.D.P.	13538 A
MdlAnfr 10 Michael Müller (Düsseldorf) SPD		Dr. Norbert Blüm, Bundesminister BMA	13539 C
Antw PStSekt Ulrich Klinkert BMU	13531 B	Anke Fuchs (Köln) SPD	13541 C
ZusFr Michael Müller (Düsseldorf) SPD	13531 D	Birgit Schnieber-Jastram CDU/CSU	13542 D
		Dr. Günter Rexrodt, Bundesminister BMWi	13543 D
		Ernst Schwanhold SPD	13546 B
		Ernst Hinsken CDU/CSU	13547 B

Dr. Gregor Gysi PDS	13548 C	Anlage 5	
Manfred Grund CDU/CSU	13550 B	Notablassungen von Flugtreibstoff; Gefahren für die Bevölkerung; Informationspflicht	
Konrad Gilges SPD	13551 B	MdlAnfr 8, 9 – Drs 13/6691 –	
Wolfgang Vogt (Düren) CDU/CSU	13552 B	Dr. Elke Leonhard SPD	
Nächste Sitzung	13553 C	SchrAntw PStSekt Johannes Nitsch BMV	13556 *C
Berichtigung	13553		
Anlage 1		Anlage 6	
Liste der entschuldigten Abgeordneten	13555 *A	Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung von Frequenzen für Wireless-Local-Loop-Anwendungen durch das Bundesministerium für Post und Telekommunikation	
Anlage 2		MdlAnfr 11, 12 – Drs 13/6691 –	
Redetext des Abgeordneten Erwin Marschewski (CDU/CSU) zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (Vgl. Nachtrag zum Plenarprotokoll 13/148, Seite 13475 A, Anlage 10)	13555 *B	Jörg Tauss SPD	
Anlage 3		SchrAntw PStSekt Dr. Paul Laufs BMPT	13557 *B
Unterstützung der eigenständigen Einheit innerhalb der Bereitschaftspolizei beim Erwerb der technischen Ausstattung		Anlage 7	
MdlAnfr 1 – Drs 13/6691 –		Auswirkungen der israelischen Absper- rungsmaßnahmen auf die Entwicklungs- zusammenarbeit mit den palästinensi- schen Gebieten	
Frederick Schulze CDU/CSU		MdlAnfr 13 – Drs 13/6691 –	
SchrAntw PStSekt Eduard Lintner BMI	13556 *A	Hans Wallow SPD	
Anlage 4		SchrAntw PStSekt Klaus-Jürgen Hedrich BMZ	13557 *D
Kostenlose Militärhilfe (Lkw, Panzer, Luftfahrzeuge, Schiffe usw.) an Polen		Anlage 8	
MdlAnfr 4, 5 – Drs 13/6691 –		Arbeitsmarktpolitischer Effekt des geplan- ten Baus des Hans-Arp-Museums in Re- magen-Rolandseck	
Dr. Egon Jüttner CDU/CSU		MdlAnfr 16 – Drs 13/6691 –	
SchrAntw PStSekt'in Michaela Geiger BMVg	13556 *B	Hans Wallow SPD	
		SchrAntw PStSekt Joachim Günther BMBau	13558 *A

(A)

(C)

150. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 15. Januar 1997

Beginn: 13.00 Uhr

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Die Sitzung ist eröffnet.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, obwohl wir schon tief im neuen Jahr sind, möchte ich Ihnen ein schönes neues Jahr, Gesundheit und Glück wünschen. Ich hoffe, daß wir die Probleme in diesem Jahr, das ja nicht einfach werden wird und in dem viele entscheidende Fragen anstehen, bewältigen und unsere Aufgaben mit Anstand erfüllen werden.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Vielen Dank!)

Ich möchte die Geschäftsführer darauf hinweisen, daß die Fragestunde relativ kurz sein wird – wahrscheinlich etwa 30 Minuten. Ich möchte sie bitten, dafür zu sorgen, daß wir unmittelbar danach mit der Aktuellen Stunde beginnen können.

(B)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Fragestunde

– Drucksache 13/6691 –

Wir kommen zunächst zum Geschäftsbereich des Bundesministers des Inneren. Die Frage 1 des Abgeordneten Schulze wird schriftlich beantwortet. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Wir kommen dann zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen. Zur Beantwortung steht die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Karwatzki zur Verfügung. Ich rufe die Frage 2 des Kollegen Nitsch auf:

Wurden oder werden Verhandlungen mit privaten Investoren oder anderen geführt, bzw. sind solche geplant, um den Westländer Flughafen oder Teile davon, soweit sie im Besitz des Bundes sind, zu veräußern?

Irmgard Karwatzki, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: Herr Kollege, die Bundesregierung will den Flugplatz Westerland auf Sylt, der nach Abzug der Bundeswehr Ende 1994 ausschließlich für Zwecke des zivilen Luftverkehrs benutzt wird, baldmöglichst verkaufen. Die Gemeinde Sylt-Ost beabsichtigt, für das Gelände eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme durchzuführen. Die Bundesregierung unterstützt diese Planung. Sie

wird daher keine Einzelverkäufe vornehmen, die nicht mit dem Entwicklungsträger abgestimmt sind.

Erwerbsinteressiert an der Flughafenfläche ist bislang die Flughafen Sylt GmbH, deren Gesellschafter verschiedene Sylter Gemeinden sind. Der Marine-Golfclub möchte die Flächen erwerben, die dem Golfplatz dienen. Die Verkaufsverhandlungen werden fortgeführt, sobald das angeforderte Gutachten zum entwicklungsunbeeinflussten Wert vorliegt.

Meldungen zum Jahreswechsel, nach denen der Flughafen am 30. Dezember 1996 verkauft worden sein soll, sind unzutreffend.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege, Sie haben eine Zusatzfrage? – Keine. Ich sehe auch keine weiteren Fragen. – Oh, doch, Herr Kollege Koppelin, bitte.

(D)

Jürgen Koppelin (F.D.P.): Frau Staatssekretärin, ist Ihnen bekannt, daß es für eventuelle Käufer dieses Flugplatzes besonders schwierig wird, da die rot-grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein Ausbaumaßnahmen für den Flughafen Sylt abgelehnt hat?

Irmgard Karwatzki, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: Das ist mir nicht bekannt, Herr Kollege.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Vielen Dank. Keine weiteren Fragen. Ich danke Ihnen, Frau Staatssekretärin.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft. Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Lammert zur Verfügung. Ich rufe die Frage 3 des Kollegen Michael Müller auf:

In welcher Höhe drohen der Bundesrepublik Deutschland Zwangsgelder wegen Nichtumsetzung von EG-Richtlinien, und aus welchen Haushaltstiteln sollen diese Zwangsgelder bezahlt werden?

(A) **Dr. Norbert Lammert**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Kollege Müller, die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat vor einigen Tagen – genau am 8. Januar dieses Jahres – die Berechnungsmethode für die Verhängung von Zwangsgeldern verabschiedet. Der Tagessatz für Zwangsgeld soll nach Auffassung der Kommission generell das Produkt aus vier unterschiedlich zu gewichtenden Faktoren sein. Neben einem Grundbetrag sollen dabei die aus der Sicht der Kommission ermittelte Schwere des jeweiligen Verstoßes, die Dauer des Verstoßes und auch die Leistungsfähigkeit des säumigen Mitgliedstaates berücksichtigt werden. Wie die Kommission in konkreten Fällen die Schwere und Dauer der Verstöße gewichtet, bleibt abzuwarten, zumal wir damit noch keine praktischen Erfahrungen haben.

Wenn die Kommission ihren Beschluß vom 18. Dezember des vergangenen Jahres, in drei Fällen ein Zwangsgeldverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland beim Europäischen Gerichtshof einzuleiten, in die Tat umsetzt, wird es sich um die ersten Fälle dieser Art handeln. Aus welchen Haushaltsmitteln die Zwangsbeiträge bezahlt werden, wird von den Umständen des Einzelfalls abhängen. Sie wissen, daß es sich um drei ganz unterschiedliche Fälle mit ganz unterschiedlichen Zuständigkeiten handelt.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Müller, Ihre erste Zusatzfrage.

(B) **Michael Müller** (Düsseldorf) (SPD): Wie viele Vertragsverletzungsverfahren laufen insgesamt gegen die Bundesrepublik?

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Viele!)

Dr. Norbert Lammert, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Ich kann es Ihnen im Augenblick – wenn Ihre Frage über den Bereich, der hier jetzt der Gegenstand ist, hinauszielt – nicht mit hinreichender Verlässlichkeit sagen. Im Bereich der Nichtumsetzung von EG-Richtlinien handelt es sich jedenfalls um drei Richtlinien, wie gesagt, mit unterschiedlichen Zuständigkeiten. Dies ist ja auch noch Gegenstand einer weiteren Frage, die nachher vom Umweltministerium beantwortet wird.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD): Ist es auch denkbar, daß die Festlegung des Zwangsgeldes für die Zeit seit dem ersten Urteil des Europäischen Gerichtshofes, also seit 1991, erfolgen kann?

Dr. Norbert Lammert, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Ich will darüber jetzt keine Spekulationen anstellen, weil ich Sie ja bereits darauf hingewiesen hatte, daß wir es hier mit einem neuen Instrument zu tun haben, das bisher noch gar

nicht angewendet worden ist und von der Kommission selber erst ausgefüllt werden muß. (C)

Allerdings ist es so, daß eine Verhängung dieser Strafen überhaupt erst dann in Betracht kommt, wenn der Mitgliedstaat dem zweiten Urteil des Europäischen Gerichtshofes nicht nachkommt. Insofern befinden wir uns natürlich noch vor einem solchen denkbaren Zeitpunkt. Im übrigen ist auch offen, ob der Europäische Gerichtshof seinerseits den Vorstellungen oder Anträgen der Kommission folgt. Somit haben wir es dabei noch mit einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren zu tun.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Schwanhold.

Ernst Schwanhold (SPD): Herr Staatssekretär, ich bin nicht ganz sicher, ob Ihnen die Frage, die der Kollege Müller schriftlich eingereicht hat, bekannt ist:

In welcher Höhe drohen der Bundesrepublik Deutschland Zwangsgelder wegen Nichtumsetzung von EG-Richtlinien, und aus welchen Haushaltstiteln sollen diese Zwangsgelder bezahlt werden?

Dahinter steckt die Frage, wie viele Richtlinien nicht umgesetzt sind, die hinterher sanktionsfähig werden. Das sollten Sie schon beantworten. Darum bitte ich Sie sehr herzlich.

Dr. Norbert Lammert, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Ich habe ja bereits darauf hingewiesen, daß es eine zweite Frage des Kollegen Müller gibt, die noch einmal ausdrücklich auf diesen Sachverhalt Bezug nimmt. Bei der gegebenen unterschiedlichen Zuständigkeit und mit Respekt vor den dafür zuständigen Kollegen will ich der Antwort nicht vorgreifen. (D)

Darauf, daß es sich im hier nachgefragten Sachverhalt um drei Punkte handelt, habe ich gerade hingewiesen. Dies schließt die leider nicht abschließend zu beantwortende Frage nach der möglichen Höhe eines solchen Zwangsgeldes ein, weil die Bemessung von vier Faktoren abhängt, die allesamt relativer Natur sind und erst selber von der Kommission nach ihrer eigenen Einschätzung der Bedeutung festgelegt werden müssen.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Frau Kollegin Fuchs, Sie haben eine weitere Frage.

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Der pragmatische Weg wäre doch, die Richtlinien umzusetzen. Deshalb frage ich die Bundesregierung: Warum wird nicht ganz zügig daran gearbeitet, die Richtlinien umzusetzen, um auf diese Weise gegebenenfalls Millionenbeträge einsparen zu können?

Dr. Norbert Lammert, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Frau Kollegin Fuchs, ich stimme Ihnen ohne jeden Vorbehalt zu. Es wäre wahrscheinlich dem Gang der Beratungen dieses

Parl. Staatssekretär Dr. Norbert Lammert

(A) Themas förderlich gewesen, wenn die zufällige Reihenfolge der Beantwortung der Fragen umgekehrt gewesen wäre. Das hätte das Ganze vielleicht eine Spur transparenter gemacht, vor allen Dingen für diejenigen, die sich jetzt ganz spontan und nicht so systematisch wie die Fragesteller und die Antwortenden mit dem Sachverhalt beschäftigen müssen.

Insofern will ich aber, damit das Ganze nicht nebulös bleibt, darauf hinweisen, daß es sich nicht selten – auch in den hier nachgefragten Sachverhalten – um Umsetzungsbedarf handelt, der gar nicht von der Bundesregierung, sondern von den Ländern erledigt werden muß. Sie werden mir zustimmen, daß dann Ihre Empfehlung immer noch gilt, aber der Adressat ein anderer wäre, für den ich mir dann allerdings Ihre Empfehlung ausdrücklich zu eigen mache.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Staatssekretär, Sie sprechen immer von einer weiteren Frage. Dabei handelt es sich aber offenbar um keine der heute zu behandelnden.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Doch, Frage 10! Bereich Umwelt!)

– Wunderbar. Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Wir verlassen diesen Bereich.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Die Fragen 4 und 5 des Kollegen Jüttner werden schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

(B)

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit. Die Fragen 6 und 7 werden in der nächsten Sitzungswoche beantwortet.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr. Die Fragen 8 und 9 der Kollegin Leonhard werden schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf. Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Ulrich Klinkert zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 10 des Kollegen Michael Müller auf:

Warum hat die Bundesregierung auf Urteile des Europäischen Gerichtshofes seit 1991 nicht ausreichend reagiert, so daß jetzt der Bundesrepublik Deutschland wegen Nichtumsetzung von drei EG-Umwelt- und Naturschutzrichtlinien Zwangsgelder auferlegt werden sollen, und wie will sie die noch ausstehenden Umsetzungen von EG-Richtlinien fristgerecht sicherstellen?

Ulrich Klinkert, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Herr Kollege Müller, am 18. Dezember 1996 hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beschlossen, zu drei Richtlinien aus dem Umweltbereich aus den Jahren 1975, 1979 und 1980, wegen deren nicht korrekter Umsetzung die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1990 und 1991

vom Europäischen Gerichtshof verurteilt worden war, erneut Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu erheben, da die Urteile des EuGH bisher nicht vollständig umgesetzt worden sind. Die Europäische Kommission hat gleichzeitig entschieden, nach Art. 171 Abs. 2 des EG-Vertrages die Verhängung von Zwangsgeldern zu beantragen. (C)

Bei den drei Richtlinien handelt es sich um die Richtlinie zum Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe, um die Richtlinie über Qualitätsanforderungen an Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung und um die Richtlinie zur Erhaltung der wildlebenden Vogelarten.

Es ist darauf hinzuweisen, daß lediglich im Falle der Grundwasserrichtlinie die Zuständigkeit für die Umsetzung beim Bund liegt. Auf Grund der Anforderung des Europäischen Gerichtshofes muß die Umsetzung dieser Richtlinie durch Rechtsverordnung erfolgen. Bis zur Verabschiedung der 6. Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz im November vergangenen Jahres fehlte allerdings im Wasserhaushaltsgesetz die notwendige Rechtsgrundlage für den Erlass einer entsprechenden Verordnung. Diese ist nun mit dem neuen § 6 a des Wasserhaushaltsgesetzes gegeben.

Der Entwurf einer Rechtsverordnung, mit der die vollständige Umsetzung der obengenannten Richtlinie erfolgen soll, wurde noch im Dezember 1996, also 14 Tage nach Inkrafttreten der Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz, an die Länder und die beteiligten Kreise verschickt. Mit einer Verabschiedung ist im Frühjahr 1997 zu rechnen. (D)

In den beiden anderen Fällen liegt die Zuständigkeit für die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen allein bei den Bundesländern. Die Bundesregierung hat sich bei den betroffenen Bundesländern immer wieder für eine zügige Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofes eingesetzt. Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission vom 18. Dezember vergangenen Jahres hat Bundesministerin Dr. Merkel bei den Umweltministern und -senatoren der Länder erneut auf eine größtmögliche Beschleunigung der notwendigen Schritte zur Umsetzung und auf die schnellstmögliche Übersendung entsprechender Zeitpläne gedrängt.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß die erforderlichen Umsetzungsschritte so rechtzeitig abgeschlossen werden können, daß eine erneute Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof sowie die Verhängung von Zwangsgeldern vermieden werden können.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Müller, Ihre erste Zusatzfrage.

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD): Ist es richtig, daß die Bundesregierung von den insgesamt 1 276 EG-Richtlinien bisher 90 Richtlinien nicht vollständig in deutsches Recht umgesetzt hat? Sie würde damit bei der Umsetzungsquote an siebter Stelle innerhalb der EU liegen und könnte somit nicht den Anspruch

Michael Müller (Düsseldorf)

- (A) des Vorreiters in der Europa- und speziell in der Umweltpolitik erheben.

Ulrich Klinkert, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Herr Kollege Müller, Ihre Frage ist schon im Ansatz falsch gestellt, weil aus diesen drei Beispielen ersichtlich wird, daß nicht in jedem Fall die Bundesregierung für eine Umsetzung der Richtlinie verantwortlich ist.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Doch!)

In den konkreten Fällen der Vogelschutzrichtlinie und der Richtlinie über Qualitätsanforderungen an Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung liegt die Zuständigkeit für die Umsetzung ausschließlich bei den Ländern. Ganz konkret hat im ersten Fall das Saarland die Umsetzung der Richtlinie noch nicht vollzogen und haben im zweiten Fall wiederum das Saarland und das Land Niedersachsen die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen noch nicht geschaffen. Ich empfehle Ihnen daher, bei diesen Ländern mit Nachdruck darum zu werben, daß im Verantwortungsbereich der Länder europäisches Recht umgesetzt wird.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ihre zweite Zusatzfrage, Herr Müller.

- (B) **Michael Müller** (Düsseldorf) (SPD): Ist gemäß der Information von Anfang Januar die Auskunft der Europäischen Kommission falsch, daß die Bundesregierung die Gesamtverantwortung für die Bundesrepublik trägt, und können Sie vor dem Hintergrund, daß als erstes Land die Bundesrepublik mit solch einem Verfahren überzogen werden soll, weiterhin den Anspruch erheben, daß Deutschland in der Umweltpolitik führend sei?

Ulrich Klinkert, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Die Bundesregierung vertritt die Bundesrepublik Deutschland nach außen. Sie ist aber nicht ermächtigt, den Ländern Weisungen dahin gehend zu erteilen, daß diese ihren Verpflichtungen zur Umsetzung europäischen Rechts nachkommen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beim Atomrecht habt ihr überhaupt keine Probleme damit, Weisungen zu erteilen! Mir kommen die Tränen!)

Sie kann nur dafür werben. Sie hat dies in den letzten Jahren mit Nachdruck getan. Ich kann nur erneut an Sie appellieren, nach Ihren Möglichkeiten darauf hinzuwirken, daß die Länder – in diesem speziellen Fall das Saarland und das Land Niedersachsen – ihren Verpflichtungen nachkommen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geben Sie dem Mann ein Tempo-Taschentuch, damit er sich die Tränen abtrocknen kann!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Vielen Dank, Herr Staatssekretär. (C)

Ich rufe dann den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation auf.

Die Fragen 11 und 12 des Kollegen Tauss werden schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

Dann kommt der Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Frage 13 des Kollegen Hans Wallow wird ebenso schriftlich beantwortet. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Dann rufe ich den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auf. Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Joachim Günther zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 14 des Kollegen Conradi auf:

Wann wird die Bundesregierung den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Einsicht in das dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau seit mehreren Monaten vorliegende Gutachten zur Asbestsanierung des Berliner Palastes der Republik gewähren, dessen Ergebnisse bereits am 12. September 1996 im Abgeordnetenhaus von Berlin diskutiert wurden, das jedoch dem Deutschen Bundestag trotz Anfragen einzelner Abgeordneter mit dem Hinweis, es handle sich um eine zukünftige Unterlage für den Haushaltsausschuß, bisher vorenthalten wurde?

- (D) **Joachim Günther**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Herr Kollege Conradi, im Rahmen der vom Haushaltsausschuß geforderten Bauunterlage nach § 24 Bundeshaushaltsordnung wurde zunächst eine Vorplanung der Asbestbeseitigung in Form einer Kostenvoranmeldung-Bau abgerufen, kein neues Gutachten. Das Ergebnis dieser Kostenvoranmeldung liegt vor und wird, wie Sie der Pressemitteilung des Bundesbauministers sicher entnommen haben, dem Haushaltsausschuß im Februar übergeben.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Conradi, eine Zusatzfrage? – Bitte.

Peter Conradi (SPD): Sie haben die Planung der Asbestbeseitigung europaweit ausgeschrieben und dann vergeben. Die Ihnen vorliegende Vorplanung enthält mehrere Varianten. Werden Sie diese Vorplanung dem Parlament unverändert vorlegen, oder wird in Ihrem Haus aus dieser Vorplanung eine Kostenvoranmeldung, die diese Varianten nicht enthält, erarbeitet und dem Parlament vorgelegt?

Joachim Günther, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Die Varianten sind bekannt. Sie werden vorgelegt. Daraus wird ein Ergebnis ermittelt.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ihre zweite Zusatzfrage.

- (A) **Peter Conradi** (SPD): Was ist der Grund dafür, daß seit dem Vorliegen dieser Vorplanung jetzt fünf Monate vergangen sind und wir die Vorplanung nicht bekommen können, während beispielsweise im Abgeordnetenhaus von Berlin bereits darüber diskutiert wird?

Joachim Günther, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Es ist üblich, daß diese Dinge zuerst in den Haushaltsausschuß gehen. Danach wird der Minister sie der Öffentlichkeit vorstellen.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Der Berliner Senat ist der Haushaltsausschuß? Sie machen Spaß mit uns!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Weitere Fragen dazu liegen nicht vor.

Dann rufe ich die Frage 15 des Kollegen Conradi auf:

Ist die Vermutung abwegig, die Bundesregierung habe dem Parlament bisher die Einsicht in das Gutachten verweigert, weil das Gutachten nicht die von der Bundesregierung erhofften Ergebnisse enthält, die Asbestbeseitigung und der anschließende Totalabbruch des Palastes der Republik seien die wirtschaftlichste Lösung, und trifft die Vermutung zu, daß die Bundesregierung nun versucht, durch weitere Gutachter das von ihr gewünschte Ergebnis herbeigutachten zu lassen?

Bitte, Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

- (B) **Joachim Günther**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Herr Kollege Conradi, Sie haben die Frage gut formuliert. Man kann sie mit dem ersten Teil der Frage beantworten: Ihre Vermutungen in dieser Richtung sind abwegig.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege Conradi? – Bitte schön.

Peter Conradi (SPD): Der Bauminister hat mehrfach erklärt, die preiswerteste Lösung sei die Asbestbeseitigung unter totalem Abriß des Palastes der Republik. Können Sie bestätigen, daß das vorliegende Gutachten diese Aussage nicht stützt, sondern zu dem Ergebnis kommt, daß Asbestbeseitigung und totaler Abriß des Hauses teurer sind als andere Lösungen?

Joachim Günther, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Die Asbestbeseitigung muß im gesamten Komplex durchgeführt werden. Das ist unabhängig davon, ob ein Abriß vorgenommen wird. Es wird ein Rückbau bis auf den Rohbau notwendig sein, wenn es für dieses Gebäude eine erfolgreiche Perspektive geben soll. Bis zu diesem Punkt ist Kostengleichheit gegeben.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

- (C) **Peter Conradi** (SPD): Trifft es zu, daß sich die Kostengleichheit nur auf die Asbestbeseitigung bezieht und daß hingegen die Alternativen – Totalabriß des Palastes der Republik, Teilerhaltung oder Weiterverwendung des Rohbaus – dazu führen, daß die bisherige Aussage der Bundesregierung nicht zutrifft?

Joachim Günther, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Die Asbestbeseitigung hat die gleichen Kosten als Grundlage. Über die weitere Nutzung oder Teilnutzung des Gebäudes ist noch keine Entscheidung getroffen.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Dann kommt eine Zusatzfrage des Kollegen Hartmann.

Hanns-Peter Hartmann (PDS): Ist bei den veranschlagten Kosten für die Asbestbeseitigung die Entfernung des sich im Boden unter dem Estrich befindlichen Asbests vorgesehen?

Joachim Günther, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Es ist die generelle Beseitigung des Asbests vorgesehen.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Küster, hatten Sie noch eine Frage?

Dr. Uwe Küster (SPD): Hat sich erledigt.

(D) **Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch**: Dann sehe ich keine weiteren Zusatzfragen.

Die Frage 16 des Kollegen Wallow wird schriftlich beantwortet. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Damit danke ich allen Beteiligten, weil wir am Ende der Fragestunde sind.

Dann rufe ich Zusatzpunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Gruppe der PDS

Haltung der Bundesregierung zur Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit über den erneuten Anstieg der Arbeitslosenzahlen sowie zum erheblichen Rückgang der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland

Ich gebe das Wort der Abgeordneten Dr. Heidi Knake-Werner.

Dr. Heidi Knake-Werner (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zum wiederholten Male müssen wir uns hier in diesem Hause mit den traurigen Rekordmarken der Arbeitslosenzahlen beschäftigen. Das Schlimme daran ist, daß kein Ende der Fahnenstange abzusehen ist. Im Gegenteil, alle Prognosen gehen davon aus, daß in diesem Jahr noch eine halbe Million weiterer Arbeitsloser dazukommen werden. Deutlicher, liebe Kolleginnen und

Dr. Heidi Knake-Werner

(A) Kollegen von der Koalition, kann sich das Scheitern Ihrer Politik wirklich nicht widerspiegeln.

(Beifall bei der PDS)

Es ist wirklich längst Allgemeingut, daß immer weniger Menschen gebraucht werden, um ein wachsendes Inlandsprodukt herzustellen. Während das Bruttoinlandsprodukt von 1991 bis 1996 real um 6,5 Prozent anwuchs, steigerten die Betriebe die Arbeitsproduktivität um 26,3 Prozent. Das zeigt wohl, daß wir alle es dringend nötig haben, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was mit den Menschen geschehen soll, die hier nicht mehr eingesetzt werden.

Was aber haben die Regierungsparteien in dieser Situation anzubieten? Es hat eine Reihe von Neujahrsbotschaften gegeben. Die CSU zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Diskussion an den Republikanerstammtischen mit der Parole „Raus mit den ausländischen Saisonarbeitskräften“ bereichert und gleichzeitig die Zumutbarkeitskriterien für einheimische Arbeitslose verschärfen will.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie haben das Papier überhaupt nicht gelesen oder sind zu dumm dazu!)

– Das müssen ausgerechnet Sie mir sagen, lieber Kollege Hinsken.

(Beifall bei der PDS)

(B) Die CSU verschweigt dabei natürlich, daß es hier um ein Arbeitsvolumen von gerade einmal etwa 30 000 Arbeitsplätzen geht – wirklich ein wegweisendes Programm angesichts der fehlenden Arbeitsplätze. In Wahrheit – auch das sage ich sehr deutlich – geht es Ihnen um nichts anderes, als die unsägliche Mißbrauchs- und Entsolidarisierungskampagne neu zu beleben.

Die F.D.P. erklärt sich nach der Pleite mit der Partei der Besserverdienenden nun zur wahren Arbeitnehmerpartei,

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Wenigstens einer!)

weil sie den Solidaritätszuschlag abschaffen und weitere Steuern senken will. Ihr einziger Schönheitsfehler ist der F.D.P.-eigene Wirtschaftsminister, der nämlich auf eine weitere Einschränkung des Kündigungsschutzes setzt. Das bringt nicht nur keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern das nehmen Ihnen auch noch die Beschäftigten übel; denn sie begreifen sehr gut, daß es Ihnen um nichts anderes geht als darum, das Heuern und Feuern zu verbessern.

Was hat nun die größte Regierungspartei anzubieten? Ihr Hauptziel bleibt, die Dienstleistungsgesellschaft in eine Dienstbotengesellschaft zu verwandeln. Ansonsten: viele schöne Worte und Appelle, in diesem Falle an die Tarifparteien im allgemeinen und an die Arbeitgeber im besonderen. Sollen die Arbeitgeber doch endlich einmal sehen lassen, wie sie die Vorleistungen des sogenannten Sparpaketes zu honorieren gedenken! Und in der Tat: 2,3 Milliarden Überstunden bei einer Arbeitslosenzahl von über

4 Millionen sind tatsächlich ein beschäftigungspolitischer Skandal. (C)

(Beifall bei der PDS)

Aber Appelle helfen da eben nicht. Die Regierung muß sich schon ein bißchen mehr einfallen lassen. Vor allen Dingen muß sie sich fragen lassen, wann sie endlich mit ihrer Politik, die die Arbeitslosenzahl ebenso wie die Lohnnebenkosten hochtreibt, Schluß machen will.

Ein besonders schönes Beispiel war die kontraproduktive Entscheidung zum Schlechtwettergeld. Gerade in diesem Winter läßt sich dies hervorragend nachweisen. 300 000 arbeitslose Bauarbeiter, das ist eine Zahl, die wir noch nie hatten. Hinzu kommt, daß die Kosten dafür bei der Bundesanstalt für Arbeit doppelt so hoch sind wie zu Zeiten des Schlechtwettergeldes in den kältesten Wintern.

Die Bundesanstalt will dies nun in diesem Winter eindämmen. Aber was kommt dabei heraus? Die Gelackmeierten werden wieder die abhängig Beschäftigten sein, während die Unternehmer die Ausgaben der Bundesanstalt hochtreiben und sich anschließend über die Steigerung der Lohnnebenkosten beklagen.

(Beifall bei der PDS)

Es grenzt schon an staatlich organisierten Wahnsinn, bei Arbeitslosenzahlen von Weimarer Zuschnitt das Rentenalter zu erhöhen, die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik zu kürzen, durch Kürzung bei Kuren und anderen gesundheitlichen Maßnahmen Tausende von Beschäftigten im Gesundheitsbereich arbeitslos zu machen und die zunehmenden Entlassungswellen durch den Abbau des Kündigungsschutzes zu bekämpfen. (D)

Für mich ist die zentrale Frage: Warum verrennt sich die Regierung immer weiter in die krisenverschärfenden neoliberalen Rezepte? Ich will es Ihnen ganz deutlich sagen: Ich denke, weil es Ihnen in Wirklichkeit gar nicht um die Arbeitslosen geht. Ich denke, Ihnen geht es vorrangig um die Interessen von Leuten, die sich von der Fortsetzung Ihrer Politik stabile Vermögensgewinne und sinkende Steuern versprechen, um die Interessen von Leuten, deren Aktienpakete im Wert steigen, wenn Massenentlassungen verkündet werden. Eine solche zutiefst unsoziale Politik können wir uns wegen der Zukunft von Millionen Menschen nicht länger leisten.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Abgeordneten Johannes Singhammer das Wort.

Johannes Singhammer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde befaßt sich mit dem Zusammenhang von Wirtschaftspolitik und ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitslosenzahlen.

Es erweckt immer besondere Aufmerksamkeit, wenn die offizielle Fortsetzungspartei der SED die

Johannes Singhammer

- (A) komplizierten Zusammenhänge von Ökonomie und Arbeitsmarkt auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages bringt. Ihre Erfahrungen verdienen mit Sicherheit das Prädikat „besonders wertvoll“.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Ist Ihnen das eigentlich nicht zu blöd angesichts der 4 Millionen Arbeitslosen? – Zurufe von der PDS)

Richtig ist: Alles hängt davon ab, die Zahl von 4 Millionen Arbeitslosen nicht weiter ansteigen zu lassen, sondern zu senken. Nur wenn mehr Menschen eine dauerhafte Beschäftigung finden, fließen auch wieder mehr Beiträge in die Arbeitslosenversicherung oder in die Rentenversicherung und wieder Lohnsteuer in die Kassen von Kämmerern und Finanzministern. Die Bundesregierung hat mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung die Weichen richtig gestellt.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sehr gut! – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Steigende Arbeitslosigkeit!)

Die Aussichten, die Arbeitslosenzahlen zu senken, wachsen aber auch dann – da darf ich jetzt auf die aktuelle Diskussion eingehen –, wenn ein Wettlauf von Hase gegen Igel vermieden wird, das heißt: wenn nicht neben dem fortwährenden Export von Arbeitsplätzen ein ständiger **Import von Arbeitskräften** zu verzeichnen ist.

Ich weiß, daß bei diesem Thema wunderbar mit einem bewußten Willen zum Mißverständnis diskutiert werden kann. Ich hoffe, daß das heute nicht der Fall ist und daß auf diesen Faktor, der einer unter vielen anderen gewichtigen ist, mit der notwendigen Sensibilität eingegangen wird.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Allein im Jahr 1995 wurden etwa 230 000 Arbeitserlaubnisse erstmals an Ausländer aus Drittstaaten erteilt.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sehr richtig! – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gauweiler!)

Darin sind Saisonarbeitnehmer, die wieder in ihr Heimatland zurückkehren, Angehörige von EU-Staaten und hier geborene Kinder von Ausländern nicht enthalten. Das möchte ich hier nur einmal klarstellen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Gauweiler? – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Gauweiler läßt grüßen!)

Wenn man schätzt, daß diese etwa 230 000 Erlaubnisse, die Fallzahlen darstellen, dazu führen, daß ungefähr 100 000 Menschen dauerhaft am Arbeitsprozeß teilnehmen,

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

dann bedeutet dies – wenn man das hochrechnet –, daß in den nächsten drei Jahren bei gleichbleibender Entwicklung etwa 300 000 Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden müßten.

- Um jedes billige Mißverständnis auszuschließen: Die Ausländer sind nicht schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland. (C)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Wer würde etwa, wenn er sich in einer ähnlichen Situation wie ein bosnischer Flüchtling befände, nicht versuchen, bei uns in Arbeit und Brot zu kommen?

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Güte! Das ist ja unerträglich!)

Aber Verantwortung tragen auch diejenigen mit, die die **Zuwanderung von Arbeitskräften** aus dem Ausland zum Tabuthema erklären wollen

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja unerträglich, was Sie hier absondern! Unglaublich! „Dampfhammer“ müßten Sie heißen, nicht Singhammer!)

und nicht wahrhaben wollen, daß jeder, der zu uns kommt, nicht nur Infrastruktureinrichtungen, sondern irgendwann einmal auch einen Arbeitsplatz benötigen wird.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist Ihnen heute eine Betonplatte auf den Kopf gefallen? Das ist unglaublich, was Sie hier absondern!)

(D)

Das sind die Tatsachen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sie sollten sich schämen!)

Die Menschen in Deutschland zeigen im übrigen auch dadurch großartige Solidarität – beispielsweise mit den Flüchtlingen aus Bosnien –, daß etwa mehrere zehntausend – wahrscheinlich sind es hunderttausend – Flüchtlinge aus Bosnien bei uns in Arbeit und Brot sind. Das heißt auch: Teilen von Arbeit.

Wer jeglichen Zusammenhang zwischen Arbeitslosenzahlen und dem Zuzug von Arbeitskräften leugnet, handelt nicht seriös, auch wenn er das Gegenteil behauptet.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Schwanhold [SPD]: Peinlich, peinlich! Peinliche Vorstellung! – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erbärmliche Dreckschleuderei! Die Bosnien-Flüchtlinge sind schuld an der deutschen Arbeitslosigkeit! Das ist doch unglaublich! – Ernst Hinsken [CDU/CSU], zu Abg. Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] gewandt: Kümmern Sie sich auch einmal um die deutschen Arbeitslosen!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort der Kollegin Renate Jäger.

(A) **Renate Jäger** (SPD): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon ein erschreckender Grundtenor, wenn man Ausländer und Zuwanderer in einen Zusammenhang mit über 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland bringt und dieses dann auch noch geduldet wird.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Außerdem, Herr Singhammer, grenzt es an Schönfärberei, wenn Sie sagen, die Koalition ist bemüht, die Arbeitslosigkeit nicht ansteigen zu lassen. Das sagen Sie doch schon seit über einem Jahr.

(Zurufe von der SPD: Seit 13 Jahren! – Seit 15!)

Was ist denn in dem Jahr 1996 passiert? – Gut, das letzte Programm, mit dem Sie nun die Arbeitslosigkeit beseitigen wollen – ich war ja noch wohlwollend –, ist vor über einem Jahr angelaufen. Es ist doch nichts passiert, das Gegenteil tritt ein.

Mit dem Aufweichen des Kündigungsschutzes, mit den Mahnungen an die Tarifparteien zu niedrigen Lohnabschlüssen oder mit ungehörten Appellen an die Wirtschaft – mit diesen Maßnahmen kann man eine **Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit** nicht leisten, und schon gar nicht mit der Kürzung der Entgelte bei geförderter Beschäftigung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

(B)

Schon allein an Hand der Überschriften einiger Dresdner Zeitungen – als sächsische Abgeordnete erlaube ich mir, diese zu nehmen – wird die vielfältige Problemlage sichtbar. „Dresdner Neueste Nachrichten“, Oktober: „Sachsens Bau in der Krise: 600 Pleiten in diesem Jahr“. „Bild“ vom Oktober: „Baukrise: 20 000 Jobs in Gefahr“. „Dresdner Morgenpost“ vom Dezember: „Neues Firmensterben in der Metallbranche droht“. „Dresdner Neueste Nachrichten“ vom November: „Arbeitslosigkeit bringt die Renten ins Wanken“. „Dresdner Neueste Nachrichten“ vom Dezember: „Ungewisse Zukunft für Kinderheim“. „Sächsische Zeitung“ vom Dezember: „Lehrstellen: Zusage verfehlt“. Hinter jeder Überschrift stecken Schicksale von Betrieben, von Arbeitnehmern, ja von Jugendlichen und von Kindern.

Bleiben wir doch gleich einmal bei der **ostdeutschen Bauwirtschaft**. Der zu verzeichnende Abwärtstrend entsteht zum einen durch das Auslaufen der besonderen Ostförderung im Baubereich. Heiner Flassbeck, der Konjunktexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, äußerte sich im Dezember in einer Zeitung zur Ostförderung – ich zitiere –:

Weniger Transfers sind mit Sicherheit das Ende des Aufholprozesses . . . Die gesamte wirtschaftspolitische Diskussion leidet darunter, daß wir nicht zur Kenntnis nehmen, daß für Ostdeutschland etwas Besonderes zu tun ist.

(C) Das erfordert eben nicht nur Mittel; das erfordert auch Programme, die bisher nicht vorliegen. Wir Sozialdemokraten unterstützen diese Forderung Flassbecks. Die Bundesregierung nimmt diese Forderungen jedoch nicht ernst.

Eine weitere wirtschaftliche Ursache für den Abwärtstrend in der ostdeutschen Baubranche ist die **Finanzsituation der Kommunen**. Die Politik der massiven Schrumpfung der ostdeutschen Wirtschaft bewirkte nicht nur die hohe Arbeitslosigkeit, sondern auch, daß in Ostdeutschland nur noch ganz wenige Unternehmen Steuern an die Kommunen zahlen. Wegen des vorgeschriebenen Grundsatzes „Privatisierung vor Sanierung“ hat die Bundesregierung als Aufsichtsorgan über die Treuhandanstalt diesen Schrumpfungsprozeß mitzuverantworten.

Hinzu kommt, daß die Treuhandanstalt unter der Ägide des Finanzministers ureigene kommunale Liegenschaften verschербelt hat, die die Kommunen, wenn sie Bauland brauchen, zu hohen Preisen zurückerwerben müssen. Dadurch werden natürlich Investitionen grundsätzlich in Frage gestellt.

Der Zusammenhang zwischen hoher Arbeitslosenquote und hohen Sozialhilfekosten in den Kommunen ist, glaube ich, nicht strittig. Die Sozialhilfekosten werden natürlich steigen, wenn die gesetzlichen Regelungen der Bundesregierung in Kraft treten. Wirksam wird bereits die 3prozentige Absenkung der Arbeitslosenhilfe, geplant sind Kürzungen der Entgelte für geförderte Beschäftigte und Sparmaßnahmen bei Fortbildung und Umschulung. Auch das Auslaufen der besonderen ABM für die ostdeutschen Länder – dies geschah auch nach dem Willen der sächsischen CDU-Abgeordneten – wird die ostdeutschen Kommunen weiter schwächen.

(D)

(Clemens Schwalbe [CDU/CSU]: Wer ist denn daran schuld? – Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Wer hat das AFG denn abgelehnt?)

– Wenn ich mich recht entsinne, ist der Vermittlungsausschuß zu dem Ergebnis gekommen, die Ostförderung beizubehalten. Das haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Clemens Schwalbe [CDU/CSU]: Sie haben das AFG abgelehnt!)

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Beispiel bringen, das ganz typisch ist. Die Arbeitslosenquote im Osten beträgt zur Zeit 15,7 Prozent. In den alten Bundesländern sind es 9,1 Prozent. Dies ist nach sieben Jahren Einheit ein nicht vertretbarer Unterschied.

Es gibt nicht nur seitens der Opposition Forderungen, Ostdeutschland in allen möglichen Bereichen zu fördern, sondern auch von außerparlamentarischen Initiativen und von Fachleuten, die hier im Sinne der Hilfe für über 4 Millionen Arbeitslose gehört werden sollten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

(A) **Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch:** Ich gebe das Wort der Abgeordneten Marieluise Beck.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt Momente, in denen kann man nur hoffen, daß die Bevölkerung nicht so genau zuhört, was hier im Parlament gesprochen wird. Wir hatten eben einen dieser Momente.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Die Bundesregierung stolpert seit Beginn der Legislaturperiode von Maßnahme zu Maßnahme. Es gibt keinen Erfolg. Im Bereich der Erwerbslosigkeit ändert sich nichts positiv. Wenn die Zahlen, die zur Jahreswende offenbar geworden sind, noch dramatischer werden, greifen Sie zu dem letzten Mittel, zu einer Sündenbocktheorie, die hochgefährlich und politisch absolut unverantwortlich ist:

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Sie verweisen auf die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bis hin zu den Flüchtlingen, die in diesem Land bekanntlich nicht einmal eine Arbeitserlaubnis haben. Sie bieten der Bevölkerung damit vorsorglich eine Sündenbocktheorie an, wenn Sie politisch nicht mehr weiterwissen. Ich hoffe, daß sich auch in den Reihen der Koalitionsfraktionen jemand findet, der bereit ist, sich von diesen Aussagen zu distanzieren.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Wir hatten im Dezember 4,15 Millionen Erwerbslose. Das ist der höchste Dezemberstand, seit es die Bundesrepublik gibt – und das, obwohl die Bundesregierung immer und immer wieder neue Runden drastischer Spar- und Deregulierungspolitik vorangetrieben hat. Wie hoch müssen die Zahlen noch steigen, damit Sie endlich bereit sind, zuzugeben, daß diese Rezepte die Erwerbslosigkeit nicht erfolgreich bekämpfen?! Und das alles vor dem Hintergrund eines Kanzlerversprechens, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahre 2000 zu halbieren.

Sie haben ein großes Problem. Das Traurige ist, daß die gesamte Politik ein großes Problem bekommt, nämlich das Problem der nicht eingelösten Versprechen und der enttäuschten Erwartungen. Wir haben das Problem beim **Aufbau Ost**, wo – ganz im Gegensatz zur sich entwickelnden Realität – blühende Landschaften versprochen worden sind. Jetzt ist kaum jemand mehr in der Lage, die großen Enttäuschungen, die sich in der Bevölkerung breitgemacht haben, aufzufangen.

Genau die gleiche Entwicklung haben wir bei der **Arbeitsmarktpolitik**. So wie der Hase jetzt läuft, wird es keine Halbierung der Zahl der Erwerbslosen geben. Wir alle stehen verzweifelt vor den Menschen,

die uns fragen, wie es denn nun weitergehen soll. Es wird mehr als schwierig sein, diese Enttäuschungen politisch überhaupt noch aufzufangen. Es ist gefährlich, aus dem politischen Raum heraus ständig Erwartungen zu wecken und diese dann nicht zu erfüllen. Begreifen Sie das endlich!

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nun hat Herr Minister Rexrodt darauf eine neue Antwort. Er sagt: Die bisherige **Deregulierung** hat noch nicht gereicht. Wir müssen bei der Abschaffung des Kündigungsschutzes noch einen Schritt weitergehen. – Dies ist wie im Mittelalter, in dem die Patienten geschöpft wurden. Als sie schon sterbensbleich auf dem Todesbett lagen, wurde dann noch einmal ein Schröpfvorgang eingeleitet, der offensichtlich nicht zur Wiederbelebung führen konnte.

Ich möchte noch einmal an den Reifall mit dem Ladenschlußgesetz erinnern. Wieviel offensichtlichen Unsinn darf ein Minister in diesem Land eigentlich reden, bevor er in den Ruhestand geschickt wird?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Ich möchte eines festhalten – wenn Sie bereit sind, die Zahlen zur Kenntnis zu nehmen, erkennen Sie es auch selbst –: Das Setzen auf **Wirtschaftswachstum** ist eine Illusion. Wir haben trotz positiver Wirtschaftsindikatoren ein abnehmendes Erwerbsvolumen. Das kann nur eine logische Konsequenz haben: Das sich verringernde Erwerbsvolumen muß auf all die Menschen – Frauen und Männer – verteilt werden, die am Erwerbsarbeitsmarkt teilhaben wollen: auf die, die draußen sind, und auf die, die drin sind. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen, wenn wir wirklich gerüstet in das Jahr 2000 gehen wollen.

(D)

Wir können nicht immer und immer wieder eine Neuauflage der nicht greifenden Rezepturen machen. Wir brauchen ein Strategiebündel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, das sich den Realitäten stellt. Das heißt, daß dann, wenn wir wissen, daß das Erwerbsvolumen trotz des Wirtschaftswachstums nicht zunimmt, die Arbeit verteilt werden muß. Das steht oben auf der Agenda.

Auch der Kanzler hat dies inzwischen offensichtlich gemerkt. Auch er spricht jetzt von der Notwendigkeit des **Überstundenabbaus**. Dies ist die erste Aufgabe. Dazu gehören alle Maßnahmen zur Unterstützung von Teilzeitarbeit, alle Formen der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Verkürzung der Arbeitszeit und – aus dem parlamentarischen Raum – ein Annehmen der Herausforderung, die veränderte Lohnstrukturen und ein verändertes soziales Sicherungssystem bedeutet. Wir müssen uns in diesem Feld bewegen – die Schritte, die man uns abverlangt, werden größer –, statt das Alte beizubehalten.

Marieluise Beck (Bremen)

- (A) Noch ein Wort zur aktuellen Situation: Wir hatten heute im Arbeitsausschuß eine Anhörung zur Neuauflage des Arbeitsförderungs-Reformgesetzes. Alle wissen, daß die Zahl der Arbeitslosen 1997 hoch – sogar noch höher als prognostiziert – sein wird. Sie schleifen die Gelder, die an die Bundesanstalt für Arbeit gehen, und schleifen damit die aktive Arbeitsmarktpolitik. Wie wollen Sie das den Menschen im Lande eigentlich noch erklären?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Abgeordneten Paul Friedhoff das Wort.

Paul K. Friedhoff (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben über 4 Millionen registrierte Arbeitslose bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Beschäftigten. Das zeigt, daß es richtig ist, daß die Politik – aber nicht nur die Politik, sondern auch die Tarifparteien – diesem Problem oberste Priorität einräumt.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Aber Sie verweigern eine Parlamentsdebatte darüber!)

Deswegen ist es auch gut, daß wir uns mit diesem Problem häufiger beschäftigen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

- (B) Wir müssen uns allerdings darüber im klaren sein, daß diese häufige Beschäftigung mit dieser Thematik nicht dazu führen wird, daß automatisch Arbeitsplätze geschaffen werden. Denn Arbeitsplätze, deren Schaffung in irgendwelchen Runden versprochen wird – das kann man nicht oft genug sagen –, werden nicht in der Politik geschaffen, sondern in den Unternehmen; und daran mangelt es in den Unternehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Ernst Schwanhold [SPD]: Aber Sie sind für den Rahmen verantwortlich, daß Arbeitsplätze verlorengehen!)

– Wir sind dabei, diese Rahmenbedingungen zu verbessern, und hoffen, daß wir Sie dabei an unserer Seite finden – bisher leider vergeblich.

Die Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze hängen von der Fähigkeit der Unternehmen ab, Aufträge zu bekommen. Aufträge erhält man – daran muß man immer wieder erinnern, weil das sonst bei den heißen Debatten untergeht –, wenn das Preis-Leistungs-Verhältnis der Produkte, die man anbietet, besser ist als bei den Wettbewerbern.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: So ist es!)

Insofern ist der **Arbeitsmarkt** – auch wenn das von Ihnen immer wieder bestritten wird und Sie auch gleich wieder dazwischenrufen werden – ein Markt mit **Angebot und Nachfrage**, bei dem der Marktpreis für Arbeit, also der Lohn, die Arbeitskosten, sicher eine gewisse Rolle spielt.

(C) Wenn wir uns unsere Außenwirtschaftszahlen ansehen – wir wollen den Standort Deutschland nicht herunterreden –, dann stellen wir fest: Hier gibt es Stärken und Schwächen. Wir haben erhebliche Überschüsse beim Handel, aber erhebliche Defizite in den Bereichen, in denen menschliche Arbeit und somit Arbeitskosten eine Rolle spielen, wie es zum Beispiel bei den Dienstleistungen der Fall ist. Immer dann, wenn Arbeitskosten eine Rolle spielen, sind wir schwach. Wenn sie keine Rolle spielen, sind wir international recht gut. Dies ist kein Widerspruch; das können Sie den Zahlen entnehmen.

Unser hohes **Dienstleistungsdefizit** hat nicht nur etwas damit zu tun, daß die Menschen aus Deutschland in den Süden fahren, weil die Sonne dort besser scheint. Nein, wir sind kein Dienstleistungsstandort. Wir haben hier eine ganze Menge versäumt – nicht nur die Politik, sondern selbstverständlich auch die Unternehmen, selbstverständlich auch die Tarifvertragsparteien.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wenn man das hört, kann man nur noch weinen!)

Wir müssen hier ansetzen, und zwar beide: Tarifvertragsparteien und Politik. Die Koalitionsparteien haben das verstanden. Deswegen haben wir mit den Gesetzen für Wachstum und Beschäftigung – zumindest zu einem Teil – unsere Schularbeiten gemacht.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ha! Ha! Ha!)

(D) – Sie können ruhig lachen, Herr Fischer, wenn auch sehr gequält. – Das ist ein Weg in die richtige Richtung.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Steigende Arbeitslosenzahlen!)

Bei den **Lohnnebenkosten** sind Maßnahmen ergriffen worden, die den Anstieg zukünftig verhindern werden. Daß dies nicht schlagartig geht, daß hier eine ganze Reihe von Gesetzen erst nacheinander wirken müssen, daß Ansprüche bestehen, die wir nicht verneinen, sondern erfüllen müssen, ist völlig klar. Aber hier ist eine Reihe von Gesetzen verbessert worden, was uns in die richtige Richtung bringt.

Hier ist eben wieder vom **Kündigungsschutz** die Rede gewesen. Es wird hier so getan, als säßen auf der einen Seite die Guten, die die Arbeitsplätze wollen.

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Und auf der anderen die Bösen!)

In dem Eingangsstatement ist uns sogar abgesprochen worden, daß wir überhaupt seriös an diese Dinge herangehen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das stimmt auch! So ist es! Bei der F.D.P. war das schon immer so! – Weitere Zurufe von der SPD)

Paul K. Friedhoff

- (A) Das weise ich zurück. – Frau Fuchs, stellen Sie einmal der Anzahl der Arbeitsplätze, die Sie geschaffen haben, die Zahl der Arbeitsplätze gegenüber, die Unternehmer auf unserer Seite geschaffen haben, die vielen Menschen Beschäftigung geben. Dann wird deutlich: Nicht durch Reden, sondern durch Taten entstehen Arbeitsplätze. Da können wir gern mal eine Bilanz aufstellen.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Die präsentiert Ihnen Herr Jagoda nächsten Monat wieder!)

Da werden Sie wahrscheinlich ganz alt aussehen.

Die Behauptung, die hier eben wieder aufgestellt wurde, daß wir das Kündigungsschutzgesetz abschaffen wollen, trifft nicht zu. Das hat niemand bei uns in irgendeiner Form gefordert. Wir haben beim Kündigungsschutzgesetz den Schwellenwert von fünf auf zehn erhöht, und wir haben rechtliche Klärstellungen bei der Sozialauswahl getroffen,

(Beifall bei der F.D.P. sowie des Abg. Ernst Hinsken [CDU/CSU])

damit Rechtssicherheit für den Fall eintreten kann, daß man entlassen darf, nämlich im Falle von Arbeitsmangel, damit das nicht automatisch zu hohen Abfindungen führt, die im Gesetz überhaupt nicht vorgesehen sind, sondern wegen der großen Rechtsunsicherheit zustande kommen.

- (B) Wir haben darüber hinaus im Rahmen der Steuerreform vor, die bei der Arbeit anfallenden **direkten Steuern** zu senken und so insgesamt den Druck, der von den Arbeitskosten ausgeht, zu verringern. Aber wir kommen hier nicht so recht weiter,

(Ernst Schwanhold [SPD]: Das stimmt!)

weil im Bundesrat zum Beispiel die Abschaffung der Gewerbesteuer von Ihnen blockiert wird, eine Steuer, die ebenfalls dazu führt, daß es in Deutschland nicht mehr, sondern weniger Arbeit gibt.

Es wird hier immer gesagt: Sie wollen den Standort Deutschland so kostengünstig machen, daß wir mit den **Niedriglohnländern** konkurrieren können. – Dies ist überhaupt nicht unsere Absicht. Deutschland wird ein Hochlohnland bleiben. Wir müssen aber wieder konkurrenzfähig mit den Ländern werden, die ebenfalls hohe Lohnkosten haben, die aber nicht so hoch sind wie bei uns, obwohl sie genauso gute Produkte wie wir herstellen können.

Wir glauben, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden uns nicht beirren lassen. Die F.D.P. wird die Bundesregierung auf dem eingeschlagenen Weg weiterhin unterstützen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm. (C)

(Gerd Andres [SPD]: Jetzt kommt der ratlose Norbert!)

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Knake-Werner, Sie haben die Debatte mit dem Vorwurf eröffnet, es gehe uns nicht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Richtig!)

– Das wird hier noch bestätigt. – Können wir uns einmal darauf verständigen, daß wir hier im Parlament um den besten **Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit** streiten?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der PDS)

Wenn das hier von der SPD bestätigt wird, dann weise ich die Behauptung als eine Unverschämtheit zurück, wir würden uns mit der Arbeitslosigkeit abfinden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Ernst Schwanhold [SPD]: Die Bundesregierung ist ein Gesamtkunstwerk!)

Wir streiten uns über den Weg. Der Streit muß auch sein. Aber bei 4 Millionen Arbeitslosen kenne ich niemanden, der ruhig sitzen bleiben kann. (D)

(Ernst Schwanhold [SPD]: Distanzieren Sie sich doch von Singhammer!)

Niemand kann mit dem Zustand zufrieden sein. Es wäre besser, wir würden den Streit als einen Wettbewerb um den besten Weg führen und nicht als eine moralische Verdächtigung derjenigen, die Ihren Weg nicht bevorzugen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Denn von diesen wechselseitigen Vorwürfen haben die Arbeitslosen überhaupt nichts.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Nehmen Sie die F.D.P. doch nicht in Schutz!)

Ich halte fest: Es ist jetzt ein Jahr her, daß sich Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung auf das ehrgeizige Ziel verständigt haben, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 zu halbieren. Dieses Ziel gilt. Es ist nicht ein Ziel, das die Bundesregierung, die Koalition sozusagen im Alleingang erreichen kann. Es ist ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn alle mitwirken. Keiner schafft es allein.

Wir haben uns darauf verständigt, die **Sozialabgaben** bis zum Jahr 2000 unter 40 Prozent zu drücken.

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

(A) Sagen Sie mir einmal, wie Sie das ohne Sparen erreichen wollen!

(Peter Dreßen [SPD]: Wann? Sie reden doch nur!)

– Sie sind doch gegen jeden Sparvorschlag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich glaube, daß wir auch umfinanzieren müssen. Aber ohne Sparen – das ist eine Frage von Adam Riese –, ohne Entlastung der Sozialsysteme ist das nicht zu schaffen. Das ist kein populärer Weg. Bisher habe ich aus Ihren Reihen eigentlich immer nur Vorschläge zu den versicherungsfremden Leistungen gehört. Das sind sehr respektable Vorschläge, aber mit Veränderungen nur bei versicherungsfremden Leistungen erreichen Sie das Ziel nicht. Auch das ist keine Frage der Meinung, sondern des Rechnens.

(Beifall bei der F.D.P.)

Im Grunde, glaube ich, geht es schon um zwei Denkschulen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Die eine Denkschule fragt: Geht uns die Arbeit aus? – Wenn das stimmt, dann bleibt eigentlich nur Arbeitsverwaltung und -verteilung. Das ist ganz konsequent. Dann gibt es nur Hin- und Herschieben. Die andere Denkschule fragt: Hat die Arbeit Zukunft? – Freilich fällt sie nicht vom Himmel. Sie muß neu organisiert werden. Wir brauchen Umstellung. Kostenmanagement muß um Innovationsmanagement ergänzt werden.

(B)

(Zuruf von der SPD: Wie richtig!)

Dazu gehören nicht nur neue Produkte, sondern auch eine neue Arbeitsorganisation. Die Arbeit muß bezahlbar sein, daran führt kein Weg vorbei. Darum bemühen wir uns.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie können unsere Vorschläge ablehnen. Aber Sie werden doch nicht bestreiten, daß wir gehandelt haben. Wenn alle so gehandelt hätten, wären wir schon ein Stück weiter. Wir haben die **Frühverrentung** mit Zustimmung der Sozialpartner, mit Zustimmung der Gewerkschaften eingedämmt. Wir haben **Altersgrenzen** angehoben

(Zuruf von der SPD)

– das alles ist nicht populär –, **Ausbildungszeiten** verkürzt.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Was hat es gebracht? Steigende Arbeitslosigkeit!)

Wir haben den **Kündigungsschutz** für Arbeitnehmer in Betrieben unter zehn Arbeitnehmern in der Tat

nicht beseitigt. Es kann doch nicht jeder machen, was er will; wir sind doch nicht im Wilden Westen. Wir haben den Schwellenwert für Sozialauswahl in kleinen Betrieben angehoben. In Betrieben mit bis zu fünf Arbeitnehmern gab es diese Sozialauswahl schon bisher nicht. Im übrigen ist in Kleinbetrieben die Möglichkeit zur Sozialauswahl relativ klein. Ich bleibe dabei: In der Tat haben die, die gesagt haben, das sei ein Einstellungshemmnis, nun auch einzustellen. Die Politik kann nicht einstellen, die Politik schafft keine Arbeitsplätze.

(C)

Wir haben Voraussetzungen dafür geschaffen. In der Tat erwarten wir von denjenigen, die das gefordert haben, jetzt verstärkte Anstrengungen. Wir leben Gott sei Dank nicht in einer Staatswirtschaft. Um zu wissen, wohin eine Staatswirtschaft führt, brauchen wir in Deutschland keine neuen Feldversuche.

Wir hatten 40 Jahre Feldversuche dazu.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir brauchen **neue Beschäftigungsfelder**. Warum machen Sie den Haushalt als Beschäftigungsfeld immer madig? Ist der Haushalt ein minderwertiger Arbeitsplatz? Mir ist es jedenfalls lieber, jemand hat in einem Haushalt ein ordentliches Arbeitsverhältnis, als daß er mit einer geringfügigen Beschäftigung abgespeist wird. Mir ist es lieber, er hat Arbeit, als daß er vom Arbeitsamt Unterstützung erhält.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Frau Jäger, um auf Ihren Debattenbeitrag zum **AFG** einzugehen: Sie haben bedauert, daß für die neuen Länder Regelungen auslaufen. Sie hätten das verhindern können. Sie hätten dem AFG freie Bahn geben müssen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Ausgerechnet!)

Dann gäbe es seit dem 1. Januar neue Instrumente. Dann gäbe es einen Lohnkostenzuschuß in Höhe des Arbeitslosengeldes bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen in kleinen Betrieben mit bis zu zwei Arbeitnehmern bzw. mit unter zehn Arbeitnehmern und in größeren Betrieben. Wenn das heute nicht gezahlt wird, Frau Jäger, wenden Sie sich an Ihre eigenen Reihen. Auf der rechten Seite des Hauses sitzen nicht diejenigen, die das Ganze blockiert haben.

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Das ist wohl wahr!)

Wenn Sie die Blockierer suchen, müssen Sie auf der linken Seite des Hauses suchen. Sie haben das Arbeitsförderungsgesetz blockiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie haben noch nicht einmal unsere ausgestreckte Hand zu einem Vermittlungsversuch ergriffen. Sie

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

- (A) haben einfach kurzerhand blockiert. Wir werden das Arbeitsförderungsgesetz jetzt zustimmungsfrei auf den Weg geben. Wir hoffen, daß die neuen Instrumente am 1. April wirken.

(Peter Dreßen [SPD]: Grundgesetzwidrig ist das, was Sie machen!)

Sie haben zu verantworten, daß wir drei Monate für neue Instrumente in den neuen Bundesländern verloren haben. Frau Jäger, Sie und Ihre Fraktion haben die neuen Instrumente verhindert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir wollen uns in besonderer Weise den **Langzeitarbeitslosen** zuwenden. Die Betroffenheit der Arbeitslosen ist höchst unterschiedlich: 30 Prozent sind unter drei Monate arbeitslos, 60 Prozent unter sechs Monate. Es geht ganz besonders um jene 40 Prozent, die lange arbeitslos sind und die es aus eigener Kraft nicht mehr schaffen, einen Arbeitsplatz zu finden. Deshalb sind wir für neue, auch für ungewöhnliche Wege, beispielsweise für einen Eingliederungsvertrag, der den Betrieben das Risiko der Lohnfortzahlung in den ersten sechs Monaten nimmt. Dieses Risiko hat sich als Einstellungshürde erwiesen.

Wir kommen mit den Globalvorwürfen nicht weiter. Wir kommen nur durch konkrete Politik weiter. Mit den Anstrengungen, die wir unternehmen, Sozialabgaben zu mindern und den Beitragsanstieg abzubremesen, sparen wir doch nicht für irgendwelche Ölscheichs, für irgendwelche Millionäre. Wir sparen für Millionen von Beitragszahlern, die an der Grenze der Belastbarkeit angekommen sind. Wir sparen dafür, daß Arbeitsplätze von Kosten entlastet werden.

(B)

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um zu sagen: Kein Mensch denkt an Rentenkürzungen, obwohl das immer wieder als polemische Keule benutzt wird, um 17 Millionen Rentner in Unruhe und Angst zu stürzen. Es geht überhaupt nicht um Rentenkürzungen. Es geht vielmehr um das Rentenniveau. Das ist das Verhältnis zwischen Rentenhöhe und den vergleichbaren Einkommen der Erwerbstätigen. Wenn die **Anpassung des Rentenniveaus** eine Rentenkürzung wäre, dann wäre die Nettorente, die wir mit Ihnen eingeführt haben, eine Rentenkürzung gewesen. Niemand von Ihnen hat das damals behauptet. Deshalb sollten Sie vorsichtig sein, die Anpassung des Rentenniveaus für Polemik zu nutzen. Es bleibt dabei: Die Rente muß leistungsbezogen sein. Ich werde mit allen immer ein Rentensystem verteidigen, das Abstand zur Sozialhilfe hält.

In all unseren Sozialsystemen muß nicht nur gespart werden. Es muß auch gefragt werden: Was muß mit **Beiträgen** bezahlt werden? Was muß mit **Steuern** bezahlt werden? Es ist richtig: Nicht die Sozialleistungsquote ist davongelaufen, unter dem Dach der Sozialleistungsquote hat es eine Verschiebung von Steuern zu Beiträgen gegeben.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wer trägt denn dafür die Verantwortung?)

Diese Entwicklung muß umgekehrt werden. Aber ohne Sparen geht es nicht. Ohne Sparen können wir keine dauerhafte Entlastung schaffen. (C)

Im übrigen nutze ich die Gelegenheit, auch Sie zu bitten, die zum Konsens ausgestreckte Hand nicht schon dann zurückzuweisen, wenn wir gerade am Beginn einer großen Reformaufgabe stehen. Wir erreichen das Ziel also nicht, indem jeder auf seinem Weg bleibt, sondern nur, indem wir alle zusammenarbeiten. Deshalb bin ich für ein „Bündnis für Arbeit“.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Anke Fuchs.

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nein, Herr Blüm, damit lassen wir Sie nicht durch. Seit 14 Jahren sind Sie Arbeitsminister, sagen immer dasselbe, und die Arbeitslosigkeit steigt. Ich hätte erwartet, daß Sie hier einmal bekennen, daß Sie den falschen Weg gegangen sind.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Wir hätten erwartet, daß zu Beginn dieses Jahres Nachdenklichkeit eingetreten wäre. Wir führen hier eine polemische Debatte; das Thema ist dazu auch geeignet. Aber ich bin tief besorgt, weil durch die ansteigende Zahl von Arbeitslosen und durch dieses Herumgerühre – oder wie soll man das eigentlich nennen, was die Bundesregierung an Politik betreibt? – eine Art **Attentismus** in unserem Land entstanden ist. (D)

Dabei bräuchten wir zu Beginn dieses Jahres wirtschaftliche Dynamik, sozialen Zusammenhalt und Zukunftsperspektiven. Die sind bei dieser Bundesregierung überhaupt nicht zu erkennen, und das macht mich sehr besorgt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Sie sagen immer dasselbe, Herr Arbeitsminister. Ich denke, daß Sie zum Teil einen großen Leidensweg hinter sich haben; das will ich Ihnen durchaus zugestehen. Aber wenn wir Sozialdemokraten sagen: „Diese Bundesregierung findet sich mit Arbeitslosigkeit ab“, dann meine ich damit insbesondere den F.D.P.-Koalitionspartner. Wenn sich ein Wirtschaftsminister hinstellt und sagt: „Es ist immer noch zu schwer, Leute loszuwerden“, dann ist sein Rücktritt fällig. Das kann sich auch diese Regierung nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Anke Fuchs (Köln)

(A) Wir hätten erwartet, daß es dazu morgen eine Regierungserklärung gibt, daß man den Gesamtzusammenhang zwischen Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik darlegt. Aber die Bundesregierung will nicht.

Statt dessen sagt der Bundeskanzler auf den Neujahrsempfängen,

(Renate Rennebach [SPD]: Wo ist er denn?)

wir sollten die Überstunden abbauen. Darf ich Sie daran erinnern, meine Damen und Herren, daß Sie ein Arbeitszeitgesetz verabschiedet haben, das den Rahmen für Überstunden erweitert hat. Sie wollen das alles doch gar nicht, was der Bundeskanzler jetzt in Ansprachen von sich gibt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Deswegen denke ich, es wäre an der Zeit, daß Sie sagen: Unser Weg ist der falsche. Es wäre an der Zeit, daß Sie bekennen, daß Sie durch Ihre einseitige Sozialabbau- und Arbeitnehmerrechteabbaupolitik zu immer mehr Arbeitslosigkeit beigetragen haben und daß nicht das ausgelöst wurde, was jetzt eigentlich nötig wäre, nämlich wirtschaftliche Dynamik, Innovationsprozesse und Zukunftshoffnung durch eine positive, beschäftigungsorientierte wirtschaftliche Entwicklung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Siehe Nordrhein-Westfalen, ein leuchtendes Beispiel!)

(B) Das kommt nicht. Deswegen sollten Sie eingestehen, daß Sie am Ende Ihres Lateins sind.

Ich hätte auch erwartet, daß Sie sagen: Jawohl, wir denken darüber nach, welche Fehler wir angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit gemacht haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Ich will jetzt nicht den Zettel meiner Kollegin Matthäus-Maier herausholen und erklären, was wir eingebracht haben. Vielmehr will ich nur drei kurze Stichpunkte aufzählen:

Es ist richtig, daß jetzt **Dynamik** erreicht werden muß. Dazu brauchen wir eine Entlastung der Arbeitsplätze durch eine merkliche Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Wir wollen dies mit der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft kombinieren. Das ist ein Senkungsprogramm und ein Zukunftsprogramm. Meine Damen und Herren, warum folgen Sie uns da eigentlich nicht?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Wir wollen **Steuersenkungen** im Eingangsbereich. Wir wollen ein Maßnahmenbündel – ich sage das noch einmal – für Innovation und Dynamik. Es muß begleitet werden von einem Programm insbesondere

für den mittelständischen Bereich, für kleine und mittlere Unternehmen. Warum tun Sie eigentlich nichts in all diesen Bereichen, die wir durch Anträge begleitet haben? Sie verharren in Attentismus und wundern sich dann, wenn insgesamt mehr Arbeitslose da sind, als Sie selbst sich das wahrscheinlich haben träumen lassen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Bereich: Sie sollten sich mit Nachdruck dazu bekennen, daß wir auf absehbare Zeit einen **öffentlich geförderten Arbeitsmarkt** brauchen. Es ist doch allemal sinnvoller, für bezahlbare Arbeit zu sorgen, als Arbeitslosigkeit hinzunehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Deswegen ist der Abbau von Überstunden so wichtig. Deswegen ist die Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze so wichtig, wenn wir vernünftige sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse haben wollen.

Deswegen ist die Rücknahme der Veränderungen beim Kündigungsschutz wichtig, damit wieder Sicherheit bei den Arbeitnehmern eintreten kann.

Deswegen brauchen wir alles kombiniert – ich will das noch einmal zusammenfassen –: Dynamik, Innovation, eine Steuerpolitik, die dieses erleichtert, ein gebündeltes Paket, um Arbeit zu festigen und Arbeitslosigkeit zu verhindern, auch und gerade im Dienstleistungsbereich. (D)

Diese Dynamik muß in die europäische wirtschaftliche Entwicklung hineingetragen werden. Denn wenn diese Dynamik nicht von der Bundesrepublik ausgeht, werden wir steigende Arbeitslosenzahlen in ganz Europa haben. Das kann für diese Demokratie nicht zuträglich sein.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Birgit Schnieber-Jastram.

Birgit Schnieber-Jastram (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kurzzeitig, Frau Fuchs, hatte ich eben das Gefühl oder die Hoffnung, daß wir vielleicht tatsächlich zu einer nachdenklichen Debatte kommen. Aber geworden ist daraus nichts. Ich versetze mich einmal in die Rolle eines 47jährigen Arbeitslosen in Hamburg, den ich kenne, eines Mannes, der 27 Jahre bei ein und der gleichen Firma, bei Siemens, gearbeitet hat, der zwei Kinder hat, der verheiratet ist und der nach diesen 27 Jahren nun ohne Arbeit ist.

Birgit Schnleber-Jastram

(A) Wie werden wir diesem Mann in dieser Debatte eigentlich gerecht?

(Ernst Schwanhold [SPD]: Nein, mit Ihrer Politik! Es ist unverschämt, die Debatte für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen! Es ist die Politik, nicht die Debatte! Das ist wirklich unverschämt!)

Was mag sich dieser Mann denken, wenn er sich dieses hektische Gerede anhört? Welche praktischen Antworten, welche wirklichen Perspektiven geben wir ihm an dieser Stelle?

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sie nicht!)

Wie oft haben wir in diesem Haus über dieses Thema geredet, und zu welchen Beschlüssen haben wir uns denn gemeinsam durchringen können? Wo sind denn Ihre Beschlüsse?

(Beifall bei der CDU/CSU – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Steigende Arbeitslosigkeit!)

Ich frage Sie einmal, meine Damen und Herren von der Opposition: Wozu sind wir eigentlich gewählt? Zum Reden oder zum Handeln? Ich jedenfalls zum Handeln!

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD und der PDS)

Wie sieht der Status quo aus? Wir haben in Deutschland eine **Beschäftigungskrise** und ungeheuer viele persönliche Krisen durch Erwerbslosigkeit. Aber anstatt uns zusammenzusetzen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, kocht jede Interessenvertretung auf unerträgliche Art und Weise ihr ganz privates eigenes Süppchen. Sie sind darin beispielhaft; das sage ich Ihnen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

Die Opposition, aber auch die Wirtschaft und die Gewerkschaften tun das. Wir sollten uns dessen bewußt sein, daß wir vor bitteren und schweren Entscheidungen stehen, die Veränderungen für alle Bürger mit sich bringen werden.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Das ist wahr! Die Entscheidungen werden für Sie bitter!)

Wenn wir nicht aufhören, nur zu reden, und uns nicht entscheiden, wie wir Innovationen fördern wollen, wie wir flexible Arbeitszeiten besser möglich machen wollen, wie wir Sozialbeiträge und Steuern so schnell wie möglich umfassend senken, wie wir dieses Problem angehen, dann werden wir den Menschen, die ohne Arbeit sind, überhaupt kein Stückchen weiterhelfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ernst Schwanhold [SPD]: Dann fangen Sie doch an!)

Eines möchte ich Ihnen noch sagen. Noch können wir die notwendigen **Anpassungen** relativ gut sozial-

verträglich abfedern. Noch können wir einen sozialverträglichen Übergang von alten zu neuen Industrie- und Arbeitsstrukturen schaffen. Aber je mehr Zeit wir uns mit notwendigen Reformen lassen, desto mehr werden wir von den Entwicklungen getrieben. Wenn es das ist, was Sie wollen, dann machen Sie nur weiter so!

(C)

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer regiert denn hier?)

Ich möchte am Ende an Arbeitgeber, an Gewerkschaften, an alle Arbeitsplatzbesitzer und auch an die Opposition appellieren:

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Weiter so!“ ist doch Ihre Parole!)

Lassen Sie uns in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nicht nur gegeneinander für eigene Interessen und eigene Profilierungen kämpfen, sondern lassen Sie uns zusammen etwas für mehr Beschäftigung tun – auch wenn wir dafür ein klein wenig Besitzstand aufgeben müssen. Ich glaube, das ist ein Ziel, das zu erreichen sich wirklich lohnt. Wie habe ich doch kürzlich in einem Artikel in der „Zeit“ gelesen: „Die Früchte des Erfolges schmecken süßer, wenn sie sozial nicht vergiftet sind.“

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Schwanhold, Sie sind heute ja fast ein „Zwischenrufkönig“. Da Sie gleich das Wort bekommen, können Sie sich vielleicht ein bißchen zurückhalten und dem Redner zuhören.

(D)

Ich gebe das Wort dem Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Günter Rexrodt.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Herr Präsident, da höre ich zu!)

Dr. Günter Rexrodt, Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden in 1997 ein passables Wachstum von 2½ Prozent haben, dies nach 1,4 Prozent in 1996. Einer reifen Volkswirtschaft ein solches Wachstum real hinzuzufügen ist eine gute Leistung.

(Zuruf von der SPD: Er traut sich, so etwas zu sagen!)

Aber die Arbeitslosigkeit wird dennoch höher als erwartet sein. Wir hatten im Durchschnitt des Jahres 1996 knapp 4 Millionen Arbeitslose.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich würde mir einen Arbeitslosen wünschen: Das wären Sie!)

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

(A) Wir werden 1997 nach unserer Prognose über 4 Millionen Arbeitslose haben.

(Zuruf von der SPD: Glanzleistung dieser Regierung!)

Das Problem der **Arbeitslosigkeit** ist mit Wachstum nicht lösbar. Sie hat mannigfache Ursachen. Wer sie bekämpfen will, muß die **Ursachen** bekämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die Ursachen liegen letztlich darin, daß wir zusätzliche internationale Konkurrenz haben und in der Gesellschaft und in der Wirtschaft unseres Landes noch keine ausreichend modernen, auf diese neue Konkurrenz eingestellten Strukturen haben.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben überregulierte Märkte, wir haben eine zu hohe Staatsquote, und wir brauchen eine Neuorganisation der Arbeitswelt.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Das ist alles über uns gekommen wie der Heilige Geist!)

Die Bundesregierung hat dazu eine Paketlösung vorgelegt. Wir haben diese Dinge erstmals im Konzept im Jahre 1993 mit unserem Standortbericht präsentiert. Wir haben ein Aktionsprogramm und ein Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung.

(B) Das ist ein in sich stimmiges Konzept,

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zur Arbeitslosigkeit!)

zu dem Sie bisher keine Alternative vorgelegt haben. Dieses **Konzept** hat fünf Säulen:

Es geht erstens darum, unsere Unternehmen von Kosten zu entlasten.

Es geht zweitens darum, mehr Flexibilisierung in der Arbeitswelt herbeizuführen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kündigungen!)

Es geht drittens darum, Bürokratie abzubauen und mehr Freiräume für Unternehmen zu schaffen.

Wir brauchen viertens mehr Aktivitäten in der Wirtschaft und in den Instituten, bei Forschung und Innovation.

Und wir müssen unsere Wirtschaft außenwirtschaftlich – das ist die fünfte Säule – flankieren.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sechste Säule ist: Sie müssen zurücktreten! Das sieht Herr Geißler genauso!)

– Die Leute draußen, Herr Fischer, erwarten mehr als flotte Sprüche; sie erwarten Vorschläge, sie erwarten etwas zur Sache. (C)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen Sie!)

Dazu haben Sie noch nie etwas gesagt. Sie haben bisher eine Blockadehaltung an den Tag gelegt, aber es ist noch nie etwas von Ihnen gekommen, was den Menschen draußen helfen könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch die oberste Flasche in der Wirtschaftspolitik! Hören Sie doch auf!)

Die Arbeitslosigkeit erfordert Ernsthaftigkeit und keine Showvorstellung und unseriöses Verhalten. Das ist es, worauf es ankommt, Herr Fischer.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir werden dieses Paket umsetzen, indem wir eine große **Steuerreform** an das anschließen, was wir mit den Jahressteuergesetzen 1996 und 1997 bewirkt haben und bewirken wollen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Versager! – Dr. Uwe Küster [SPD]: Eine Steigerung der Arbeitslosenzahl haben Sie bewirkt!)

Das ist die Abschaffung der Vermögensteuer und der Substanzsteuern insgesamt. Bei der Gewerbesteuer blockieren Sie. Wir wollen eine Nettoentlastung und werden eine Nettoentlastung der Bürger und Unternehmen herbeiführen. Das ist die entscheidende Botschaft im Zusammenhang mit der Steuerreform. Es gibt eine Nettoentlastung in der Größenordnung einer zweistelligen Milliardenzahl. Nehmen Sie das zur Kenntnis. (D)

Wir werden – es geht um die Kostenentlastung der Unternehmen – die Lohnzusatzkosten senken müssen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie senken die Steuern, indem Sie die Steuern erhöhen! Das ist die Formel der Koalition!)

Damit sind wir bei den Sozialsystemen, die einer Reform bedürfen. In dem Zusammenhang wird immer – wie ich meine: zu Recht – von der Verlagerung der versicherungsfremden Leistungen gesprochen. Die Verlagerung bestimmter Aufwendungen und Leistungen auf den Steuerzahler ist kein Königsweg. Wir kommen an der **Reform der Sozialsysteme** nicht vorbei. Der Druck, diese Sozialsysteme zu ändern

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

- (A) und Entlastungen durch eine Reform dieser Systeme vorzunehmen, muß erhalten bleiben. Wir müssen dabei auch über versicherungsfremde Leistungen und deren Finanzierung sprechen, aber nicht in dem Sinne, daß wir die Lasten direkt von den Sozialsystemen hin auf die Steuerzahler verlagern.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Minister Seifenblase! – So kann man Sie nur nennen! Das ist ja ungläublich!)

Wir brauchen eine Neuorganisation des Arbeitsmarktes. Auf diesem Gebiet ist viel erreicht worden. Durch die Reform der Lohnfortzahlung, des Kündigungsschutzes und im Bereich der Zeitarbeitsplätze haben wir mehr Freiräume geschaffen.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Sehr wahr!)

Wenn wir mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt haben wollen, dann geht es auch darum – das ist ein wichtiges Teilthema –, den **Abbau von Überstunden** herbeizuführen. Überstunden werden im Übermaß geleistet. Wer sie abbauen will, der muß sich fragen, warum denn Überstunden gemacht werden. Ich lasse einmal die Tatsache außen vor, daß es immer die Betriebsräte sind, die von mir fordern, daß weiterhin Überstunden gemacht werden können.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Die brauchen das Geld! Das ist doch klar! – Konrad Gilges [SPD]: Dummes Zeug! Der Arbeitgeber beantragt das!)

(B)

– Das ist der Fall, Frau Fuchs. Gehen Sie einmal in die Betriebe!

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Die Betriebsräte können es nicht beantragen!)

– Ich könnte Ihnen Namen nennen.

Es bestehen Barrieren, Leute einzustellen, weil das bestehende Beschäftigungssystem als zuwenig flexibel empfunden wird,

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie kleben zuviel an Ihrem Sessel! Kündigungsschutz in der Bundesregierung: Das ist das Problem!)

um Arbeitsanfall und Beschäftigung richtig aufeinander abzustimmen. Diese Zurückhaltung ist nur zu einem Teil begründet, weil wir befristete Arbeitsverhältnisse geschaffen haben und den Kündigungsschutz bei kleinen und mittleren Betrieben gelockert haben.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten gekündigt werden!)

Es bedarf nicht des Wiederaufrollens der Debatte um das Kündigungsrecht, um mehr Flexibilität zu er-

zeugen. Vielmehr bedarf es zunächst einmal kreativer **Anstrengungen der Tarifparteien**, um zu dieser **Flexibilität** zu kommen. Teilzeitarbeit und Arbeitszeitkonten sind die entscheidenden Stichworte. (C)

Weiterhin ist entscheidend, daß Unternehmen die faktischen und psychologischen Barrieren für zusätzliche Einstellungen überwinden. Ich sage mit allem Nachdruck: Es muß in diesem Land möglich sein, all das anzusprechen, was einen Beitrag auf diesem Weg leisten kann.

Es ist unglaublich, mir zu unterstellen, ich wolle etwas anderes als den Abbau von Überstunden, bessere Bedingungen für die Einstellungen von Menschen und damit mehr Beschäftigung. Jeder sollte sich das, was ich gesagt habe, im Kontext durchlesen. Sätze – es gibt zugegebenermaßen einen unglücklich formulierten Satz – aus dem Zusammenhang zu reißen, sich dann scheinheilig aufzuspielen, Entsetzen vorzuspielen und in persönliche Verunglimpfungen zu verfallen mag zwar politischer Stil sein – auch bei Kollegen aus den eigenen Reihen und bei Leuten, die mit ihrem Schicksal unzufrieden sind –, in der Sache hilft das aber nicht weiter.

(Beifall des Abg. Ulrich Irmer [F.D.P.]

Ich habe, was diesen Zusammenhang angeht, noch nie so viele Leute getroffen, die mir hinter vorgehaltener Hand zugestimmt und gesagt haben, ich hätte ja recht. Einige andere, die sich zu Wort melden und die genau wissen, um was es geht, hängen sich an einem aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat auf und benutzen dabei eine Wortwahl, die nicht zu akzeptieren ist. (D)

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Ich denke, Sie haben es nicht gesagt!)

Es geht darum, bestehende Barrieren abzubauen, damit Menschen zusätzlich eingestellt werden. Ich trete für mehr Beschäftigung ein. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, irgendwann ein Konzept vorgelegt? Ich habe es nicht gesehen.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Richtig! – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen entweder das, was wir vorsagen, mit anderen Akzentuierungen nach,

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daß wir das nachplappern, was Sie sagen, können Sie uns nicht vorwerfen!)

oder Sie wollen eine keynesianische Politik.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

- (A) – Herr Fischer, Sie übersehen dabei, daß 100 DM zusätzliche Kaufkraft 200 DM zusätzliche Belastung für die Unternehmen bedeuten. Das kann nicht die Alternative sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die Politiker und die Tarifpartner müssen ihre Schularbeiten machen. Wir haben ein Konzept; Sie haben keines. Wir werden dieses Konzept in der Zukunft Schritt für Schritt umsetzen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, eine Debatte macht nur Sinn, wenn man nicht nur redet, sondern auch zuhört.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir hören ja zu! – Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Deswegen schreien wir ja gerade!)

Ich gebe dem Abgeordneten Ernst Schwanhold das Wort.

- (B) **Ernst Schwanhold (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade weil ich Minister Rexrodt bei der Passage seiner Rede, in der es darum ging, ob über mögliche Aufweichungen des Kündigungsschutzes zusätzliche Beschäftigung organisiert werden könne, sehr genau zugehört habe, sage ich: Herr Minister, durch das, was Sie hier gesagt haben, wird es eher schlimmer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Sie wollen genau diesen Weg gehen. Dies ist eine Verhöhnung der Arbeitslosen. Es geht nicht darum, wie man Leute rausschmeißen kann, sondern darum, wie zusätzliche Beschäftigung organisiert werden kann. Genau darum geht es.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Das Ergebnis Ihrer Politik, die Sie im Jahreswirtschaftsbericht 1996 skizziert haben – dies ist ein Jahr her –, ist ein Anstieg und kein Abbau der Arbeitslosigkeit, und zwar ein Anstieg nicht nur um 100 000 oder 200 000, sondern im Laufe des Jahres um eine Zahl, die inzwischen fast an 500 000 heranreicht. Wir sprechen hier von 4,2 Millionen Arbeitslosen. Es sind tatsächlich fast 7 Millionen Menschen, die in diesem Land Arbeit suchen.

Wie lange wollen Sie sich in diesem Parlament eigentlich noch einer Debatte darüber verweigern, wie

man die Arbeitslosigkeit beseitigen kann? Es ist doch unwürdig, in einer Aktuellen Stunde darüber zu sprechen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Der **Bundeskanzler** hatte gestern Zeit – das finde ich in Ordnung –, bei der Einführung des neuen Präsidenten des ZDH darüber zu schwadronieren, wie Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Dies hat er gut gemacht!)

Warum stellt er sich eigentlich nicht heute dieser Debatte? Warum stellt er sich nicht in dieser Woche vor das Parlament und das deutsche Volk und sagt: Unser Weg ist fehlgeschlagen; wir werden neue Wege sowie Konzepte erproben und dies gemeinsam mit den Arbeitgebern, Arbeitnehmern und der Opposition tun?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Es ist doch geradezu ein Hohn: Der Minister stellt sich hierher und sagt: Ein **wirtschaftliches Wachstum** von 2 bis 2,5 Prozent wird Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. – Warum eigentlich erreichen all unsere Nachbarn über Wachstum eine deutlich geringere Arbeitslosenquote als wir? Warum unternehmen wir keine Anstrengungen, im ökologischen Bereich wirtschaftliches Wachstum zu organisieren? Der Minister sagt dazu: Wir brauchen dieses Wachstum gar nicht. Wir erreichen es nicht. Erst einmal müssen wir die Standards und das, was Sie an Chaos und Regulierung aufgebaut haben, abbauen. – Sicher müssen Sie es abbauen. Das ist aber nicht der einzige Weg. Fangen Sie endlich an, Ihr Chaos abzubauen, und reden Sie nicht nur davon! (D)

(Beifall bei der SPD und der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sprechen immer wieder über **technologische Innovationen**. Wir haben Ihnen in den Bereichen der Umweltpolitik, der Biotechnologie und der Informations- und Kommunikationstechnologien Wege angeboten, um Schwerpunkte zu setzen, damit wir an den neuen Wachstumsmärkten beteiligt sind. Wir Sozialdemokraten wollen diesen Weg, auch wenn er in bestimmten Bereichen risikoreich ist, mit Ihnen gehen. Was tun Sie denn dazu? Wo sind Ihre Initiativen für Ostdeutschland, flankiert von Wissenschaft und Forschung, damit auch dort diese Arbeitsplätze eingerichtet werden?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ernst Schwanhold

(A) Sie richten schon heute mit Ihrer **Steuerdebatte** eher ein Chaos an, als daß Sie bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Vertrauen dafür schaffen, sie könnten etwas von ihren Ersparnissen freisetzen, um so am Markt wieder eine erhöhte Nachfrage zu erreichen. Sie verunsichern und sagen nicht, wohin Sie wollen.

Das gleiche, was für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt, nämlich Zukunftsangst, gilt inzwischen auch für den mittelständischen Unternehmer und den Großunternehmer. Wir haben heute morgen mit Vertretern der Bauindustrie zusammengesessen. Es waren auch Vertreter aus Bayern anwesend. Sie waren zutiefst verunsichert. Scharf geißelt wurde die Abschaffung des Schlechtwettergeldes, weil dies die Unternehmen in die Pleite treibt. Noch nie sind so viele Bauunternehmen pleite gegangen wie im letzten Jahr. Sie aber wollen den Kurs fortsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies hat mit der Abschaffung des Schlechtwettergeldes zu tun oder zumindest damit, daß Sie sich vorsorglich von den Kosten der davon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet haben und sie zu Lasten der Steuerzahler der Verantwortung der Arbeitslosenkassen übertragen haben. Jetzt wundern Sie sich darüber, daß die Beiträge zur Sozialversicherung derart gestiegen sind. Wenn die Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben werden und keine Beitragszahler mehr vorhanden sind, dann ist das das Ergebnis Ihrer Politik.

(B)

Wir brauchen einen Neuanfang mit Zukunftsinvestitionen und Entrümpelung in den Bereichen, wo Sie Chaos angerichtet haben. Herr Minister, insbesondere nach Ihrer Rede heute bin ich sicher: Sie sind dazu nicht fähig.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Nun gebe ich dem Abgeordneten Ernst Hinsken das Wort.

Ernst Hinsken (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein wirklich schwerer Schicksalsschlag, wenn man in die Arbeitslosigkeit kommt. Sie ist schlimm; sie ist bedrückend. Deshalb ist es gut, daß wir dieses Thema heute im Rahmen der Aktuellen Stunde ansprechen, wobei ich davon ausgehe, daß auch meinem Kollegen Schwanhold nicht entgangen ist, daß dieses Thema allein im letzten halben Jahr in jeder Sitzungswoche von Bedeutung war und daß die große Debatte hierzu dann stattfindet wird, wenn wir den Jahreswirtschaftsbericht erörtern und erläutern werden. Dann wird hier von verschiedenen führenden Leuten der Regierung verstärkt auf dieses Thema eingegangen.

Es kann sicherlich kein Trost sein, wenn wir, was Arbeitslosenzahlen anbelangt, feststellen müssen, daß sie in neun EG-Staaten rund um die Bundesrepublik Deutschland im Jahresdurchschnitt höher liegen und daß die Zahl der Arbeitsplätze in vier Staaten der EG

(C)

(Dr. Gregor Gysi [PDS]: Das heißt inzwischen EU!)

prozentual stärker gesunken ist als bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.

Weil wir wissen, daß es hier dringend geboten ist, etwas zu tun, haben wir ein Programm für Wachstum und Beschäftigung aufgelegt.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das bringt aber nichts!)

Leider haben aber die Tarifpartner die gesetzlichen Möglichkeiten nur teilweise genutzt. Ich nenne nur das Stichwort Lohnfortzahlung. Wir brauchen gerade in der jetzigen Zeit eine Korrektur unseres Sozialstaates.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Sonntags Einkaufsmöglichkeiten!)

Es ist doch unverständlich, wenn bei uns bei **Kürzungen im Sozialbereich** von 25 bis 30 Milliarden DM ein Kriegsgeschrei ohnegleichen entfacht wird, statt bereit zu sein, zu sehen und zu erkennen, was zum Beispiel in **Schweden** gemacht worden ist. Prozentual umgelegt hat man dort in den letzten fünf Jahren über 300 Milliarden DM, das Zehnfache eingespargt und somit den Wettbewerbs- und Wirtschaftsstandard in Schweden wieder flottgemacht.

(D)

(Beifall der Abg. Dr. Gisela Babel [F.D.P.]

Davon können wir lernen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Die haben die Unternehmenssteuern erhöht, Herr Kollege!)

Da sollten Sie einmal hin, in dieses ehemals sozialistische Superland, das Sie uns immer wieder nahezubringen versucht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ernst Schwanhold [SPD]: Schauen Sie sich mal die Leistungen in Schweden an!)

Unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, braucht eine Frischzellenkur. Wir brauchen eine Neuauflage des alten Schlagers, der vor zehn Jahren „in“ war: „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt.“

(Lachen bei der SPD – Ernst Schwanhold [SPD]: Können Sie das noch einmal singen, Herr Hinsken? – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Aber Sie spucken ja nicht in die Hände, Herr Kollege!)

Ernst Hinsken

(A) Das sollte aber nicht nur für die Regierenden gelten, sondern vor allen Dingen auch für Sie von der Opposition, die Sie wichtige **Entscheidungen** von uns bisher immer blockiert haben. Zu den wichtigen Entscheidungen möchte ich nur sagen: Sie waren dagegen, als es darum gegangen ist, die Schwellenwerte beim Kündigungsschutz anzuhohen. Sie waren gegen die Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie waren gegen die dritte Stufe der Gesundheitsreform. Sie waren gegen die Reform des Arbeitsförderungsgesetzes. Sie waren gegen die Abschaffung der Vermögensteuer. Sie waren gegen die Entlastungen bei der Gewerbe- und Erbschaftsteuer. Sie waren gegen die Planungsvereinfachung und Kürzung der Genehmigungsverfahren. Sie waren gegen die Änderung der Ausbildungsordnungen. Sie sind dagegen, wenn es darum geht, eine praxisgerechte Ausgestaltung der beruflichen Bildung zu schaffen. Immer waren und sind Sie dagegen, und dann kommen Sie hier unter dem Motto „Haltet den Dieb“, gaukeln den Leuten vor, Sie hätten etwas Besseres, bringen uns aber nicht einmal ein vernünftiges Konzept auf den Tisch, wie der Bundeswirtschaftsminister das vorhin zu Recht gesagt hat.

(Beifall des Abg. Ulrich Irmer [F.D.P.]

Gerade in dieser Zeit ist es wichtig, unseren **Standort Bundesrepublik Deutschland** nicht schlechztreden. Wir haben zur Zeit die niedrigste Inflationsrate und die niedrigsten Zinsen seit vielen Jahren.

(B) (Ernst Schwanhold [SPD]: Und hohe Arbeitslosigkeit!)

Wir haben qualifizierte Arbeitnehmer wie in keinem anderen Land. Wir haben eine gute Infrastruktur. Wir haben Gott sei Dank politische Stabilität. Wir haben sozialen Frieden. Wir haben zur Zeit einen Dollar, dessen Kurs weit über 10 Prozent über dem vor gut einem Jahr liegt. Das heißt, einige Voraussetzungen sind gegeben, um den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft hier anzukurbeln.

Lassen Sie mich deshalb zum Schluß sagen: Unser Bundespräsident hat zum Ende des vergangenen Jahres gesagt, daß wir die Herausforderungen, vor die wir gestellt sind, annehmen müssen. Wir müssen es fertigbringen – da ist die Opposition genauso gefordert wie die Regierung –, Wörter wie Zukunftsangst, Zukunftspessimismus und Risikoscheu durch Wörter wie Zukunftsfreude, Zukunftshoffnung und Risikofreude zu ersetzen.

Als letztes, meine Damen und Herren: Es kann doch nicht als Ausländerfeindlichkeit gedeutet und bezeichnet werden – das möchte ich speziell auf meinen Kollegen Singhammer bezogen sagen –, wenn man sich Gedanken darüber macht,

(Ernst Schwanhold [SPD]: Peinlich!)

wie arbeitslose Deutsche vermehrt wieder in Arbeit gebracht werden können, und dabei auf Negativentwicklungen hingewiesen wird. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sehen es als Hauptaufgabe an, Arbeitsplätze für unsere arbeitslosen Mitbürger zu schaffen. Die Rahmenbedingungen sind zu verändern. Die Wirtschaft und die Gewerkschaften sollten diese Angebote annehmen. Dann habe ich keine Bange, daß wir diese momentane Negativsituation meistern werden.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Abgeordneten Dr. Gregor Gysi das Wort.

Dr. Gregor Gysi (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Singhammer, Sie haben hier darauf hingewiesen, daß meine Partei die offizielle Fortsetzungspartei der SED sei, und wollten damit sozusagen alle Tabuisierungen und Ausgrenzungsversuche, die Sie diesbezüglich ständig betreiben, unterstreichen.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Das war doch nicht falsch, was er gesagt hat!)

(D)

Wir wollen in diesem Zusammenhang doch einmal eine Tatsache festhalten: In der DDR hat die SED die führende Rolle gespielt. Aber alles, was dort entschieden worden ist, von der Wirtschaftspolitik bis zur Mauer, haben fünf Parteien beschlossen.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Das ist doch ein Märchen!)

– Ich zeige Ihnen die Beschlüsse aus der Volkskammer.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Das ist das Papier nicht wert!)

Ich füge hinzu: Sie haben mit diesen vier anderen Parteien nicht nur geredet. Sie waren nicht nur bereit, mit ihnen eine Koalition zu bilden. Sie haben sie fusioniert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch lächerlich! Bleiben Sie einmal bei der Sache!)

Dadurch gibt es heute eigentlich sieben Regierungsparteien. Sie haben nämlich vier Parteien aus der DDR direkt wieder in die Regierung gehievt. Das ist die Tatsache.

(Beifall bei der PDS)

Dr. Gregor Gysi

(A) Insofern imponieren mir Ihre diesbezüglichen Aussagen nicht, wenn auch alle anderen leider mit über diesen Stock springen.

Herr Hinsken, Sie haben soeben erklärt, daß es nicht ausländerfeindlich sei, wenn man sich insbesondere um die **Arbeitsplätze** für die eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürger bemühe.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Das ist doch richtig, oder?)

Ich füge hinzu: Schon indem Sie das so sagen, erklären Sie unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Nichtmitbürgern.

(Beifall bei der PDS)

Schon das ist ausländerfeindlich.

(Beifall bei der PDS – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch!)

Ich sage Ihnen: Bei über 4 Millionen Arbeitslosen – in Wirklichkeit haben wir 6 Millionen Arbeitslose – hier durch Spaltung und durch Erzeugung von Ressentiments zu versuchen, Stimmungen zu schüren, ist höchst gefährlich und eine alte Methode der Rechten.

Sie spalten zwischen Männern und Frauen, indem Sie versuchen, eine Ideologie aufzumachen, wonach die Frauen eigentlich nach Hause gehören und nicht an den Arbeitsplatz.

(B) (Widerspruch bei der CDU/CSU)

Sie spalten zwischen Ost- und Westdeutschen, indem Sie versuchen, den Westdeutschen zu erklären, daß es ihnen heute schlechter geht, weil es die Ostdeutschen gibt.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Wer sagt denn das? So ein Quatsch!)

Und Sie unterscheiden – das ist das Übelste – zwischen Inländerinnen und Inländern und Ausländerinnen und Ausländern, um deutlich zu machen, daß es den Deutschen angeblich besser ginge, wenn die Flüchtlinge und die Ausländerinnen und Ausländer nicht in Deutschland wären. Sie wissen, daß das alles nicht stimmt, sondern nur von den Ursachen für die Massenarbeitslosigkeit in dieser Gesellschaft ablenken soll, die Sie selber gesetzt haben.

(Beifall bei der PDS – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Ich habe gesagt, daß die Konservativen und die Liberalen besser sind als die Kommunisten!)

Sie sagen noch etwas ganz anderes. Sie sagen nämlich, daß es ein schlimmes Schicksal sei, arbeitslos zu werden. Damit tun Sie so, als ob das so über die Menschen kommt. Die **Massenarbeitslosigkeit** ist kein Schicksal, sondern Ergebnis Ihrer Politik. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der PDS)

Dann erklären Sie, Sie seien für eine Fortsetzung des **Bündnisses für Arbeit**. Sie haben aber noch keine Geschichtsaufarbeitung hinsichtlich des ersten Bündnisses für Arbeit betrieben; denn Sie waren es doch, die die Gewerkschaften dabei gedemütigt haben. Wenn diese heute wieder bereit sind, sich auf ein Gespräch mit Ihnen einzulassen, dann doch deshalb, weil die Gewerkschaften ein höheres Verantwortungsbewußtsein haben als Sie.

(Beifall bei der PDS)

Sie wissen nämlich genau, daß unbedingt etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit getan werden muß.

Herr Bundesminister Blüm, Sie haben sich gegen die Unterstellung, daß Sie nicht gegen die Arbeitslosigkeit kämpften, gewehrt und gesagt, daß es nur um einen Streit um die Wege gehe. Das stimmt nicht; es tut mir leid. Das Ziel der **Halbierung der Anzahl der Arbeitslosen** bis zum Jahre 2000 können Sie bei der Fortsetzung Ihrer Politik längst abschreiben. Dafür müßte ein Wunder geschehen, und das kann nicht geschehen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, doch! 1998!)

Wenn Sie so weitermachen, erreichen Sie bis zum Jahre 2000 vielleicht die Halbierung der Bezüge der Arbeitslosen, aber mit Sicherheit nicht die Halbierung der Anzahl der Arbeitslosen, um die es eigentlich ginge.

(Beifall bei der PDS)

Was passiert? – Die Politiker der Koalition – insofern ist Herrn Hinsken zu danken, daß er von sozialen Kürzungen gesprochen hat und nicht die verschleierte Formel „Umbau des Sozialstaats“ benutzt hat, daß er also gesagt hat, worum es wirklich geht –

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Ich habe von Korrekturen gesprochen!)

benutzen die Massenarbeitslosigkeit, um den Kündigungsschutz abzuschaffen, Sozialleistungen herunterzufahren und die Vermögenden in dieser Gesellschaft besserzustellen. Insofern mißbrauchen sie die Massenarbeitslosigkeit und bekämpfen sie nicht.

(Beifall bei der PDS)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

Ich bin auch entsetzt über das, was hier von der F.D.P. kommt. Was Sie hier verbreiten, ist reine Ideologie und keine Politik.

(Lachen bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

– Es tut mir leid: Die ideologischste Partei heute in Deutschland ist die F.D.P. Sie mißt alles nicht mehr

Dr. Gregor Gysi

(A) mit den Maßstäben der Vernunft, sondern allein mit denen ihrer

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Sie sind total verwirrt!)

eigenen ideologischen Blockierungen.

Nein, die Verwirrung liegt wirklich auf seiten der F.D.P. Das hat Folgen. Es gibt Alternativen zu Ihrer Politik. Man muß eben über eine Verkürzung der Arbeitszeit und über Steuergerechtigkeit nachdenken. Übrigens, ein bißchen **Inflation** ist auch nicht so schlimm; das fördert Investitionen und verringert Schulden. Natürlich verringert Inflation auch den Besitz. Das ist der Punkt. Ihre Politik zielt nicht auf die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, sondern auf Erhaltung und Mehrung des Vermögens. Solange Sie diese Politik machen, wird sich an den Problemen der Massenarbeitslosigkeit in diesem Lande nichts ändern.

(Beifall bei der PDS – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Ach Gott! Ach Gott! G und G: Gysi und Gott!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Manfred Grund.

(B) **Manfred Grund** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In einer Aktuellen Stunde wie der heutigen besteht offensichtlich die Versuchung sowohl zur emotionalen Übersteigerung als auch dazu, zu relativieren, zum Beispiel mit dem Verweis auf die **Erwerbsquote** in Relation zur Wohnbevölkerung. Wenn man das tut, wird man feststellen, daß die Erwerbsquote in den **neuen Bundesländern** mit 50 vom Hundert höher als in den alten Bundesländern ist. Das heißt nichts anderes, als daß, gemessen an der Zahl der Einwohner, mehr Menschen in den neuen Bundesländern Arbeit nachfragen.

Die Erklärungen liegen auf der Hand. Die Erwerbsneigung in den neuen Ländern fußt auf der Arbeitsgesellschaft der alten DDR: Jeder mußte arbeiten.

(Lachen bei der PDS)

Oder, positiv gewendet: Jeder hatte ein verbrieftes Recht auf Arbeit. Genauso wie 1989 wissen wir auch heute, daß sich Arbeitslosigkeit in der DDR nicht auf der Straße abspielte, sondern in den Betrieben und in der Verwaltung versteckt gewesen ist. Aber jedes Relativieren hilft nicht weiter und bekommt angesichts der Zahlen auf dem Arbeitsmarkt einen schalen Beigeschmack.

Auf knapp 8 Millionen Erwerbspersonen in den neuen Bundesländern kommen 1,2 Millionen registrierte Arbeitslose und weitere 700 000 **verdeckte**

(C) Arbeitslose. Die verdeckten Arbeitslosen setzen sich zusammen aus Kurzarbeitern, Teilnehmern an ABM, Leistungsempfängern gemäß § 105 AFG, Vollzeitteilnehmern an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Empfängern von Vorruhestandsgeld und von Altersübergangsgeld.

Das Jahresgutachten 1996/97 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt daher für die neuen Länder auf eine Quote der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit von 25,5 Prozent. Das heißt: Die ostdeutsche Wirtschaft kann jeden vierten Arbeitswilligen nicht in Lohn und Brot bringen. Das sind alarmierende Zahlen, die regelrecht nach der **Verantwortung des Staates** und der Gesellschaft rufen.

Der Staat und die Gesellschaft haben sich diesem Ruf nicht entzogen. Seit 1990 sind mehr als 1 Billion DM in die neuen Bundesländer transferiert worden, durch die Bundesanstalt für Arbeit allein mehr als 220 Milliarden DM. Enorme Summen sind in die Infrastruktur und in die Investitionssubventionierung geflossen.

(D) Frau Kollegin Jäger, der Freistaat Sachsen, von dem Sie uns vorhin bei Ihrer Presseschau erzählt haben, hat mit 800 Millionen DM den Neubau einer Chip-Fabrik gefördert, wo mit einer Gesamtinvestitionssumme von 2,8 Milliarden DM 1 400 Arbeitsplätze entstehen. Das heißt: Jeder neugeschaffene Arbeitsplatz in den neuen Bundesländern kostet 2 Millionen DM. Im Chemiedreieck Buna-Schkopau-Leuna ist offensichtlich ein noch höherer Betrag pro Arbeitsplatz aufzuwenden. Doch haben Milliardentransfers und -subventionen, niedrigere Löhne, längere Arbeitszeiten, kürzere Urlaubszeiten und weniger Fehltag in den neuen Bundesländern nicht zu einem sich selbst tragenden Aufschwung geführt.

Ich sage dies, um auf die Dimensionen der Herausforderung aufmerksam zu machen, aber auch als Warnung vor billigen Ratschlägen und vor zu großen Erwartungen, die die Politik manchmal erweckt.

Klar auf der Hand liegt, daß die Erlahmung des wirtschaftlichen Aufholprozesses keine Reduzierung der **Transferleistungen nach Ostdeutschland** zuläßt. Um den Aufholprozeß wieder anzuschieben, wird eine Aufstockung der investiven Mittel unumgänglich sein. Es gibt zur Förderung von Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten, keine Alternative.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Aber ihr macht es doch gar nicht!)

Doch es bleibt das Problem der **Lohnstückkosten** in der Relation Ost/West. Während die Lohnstückkosten in den alten Bundesländern 1994 gesunken

Manfred Grund

(A) sind und 1997 wohl sinken werden, sind die Lohnstückkosten in den neuen Bundesländern gestiegen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wegen der „blühenden Landschaften“!)

– Nein, das hat etwas mit den Tarifabschlüssen zu tun, Frau Kollegin Fuchs. Das gehört zum Einmaleins der Ökonomie.

Wenn die Schere im Bereich der Lohnstückkosten nicht weiter auseinanderklaffen soll, dann müssen die Reallöhne hinter der Entwicklung der Produktivität zurückbleiben. Diese Fehlentwicklung ist den Tarifparteien allerdings nicht allein anzulasten, auch nicht der Wirtschaft. Die Aufholjagd war politisch initiiert. Der öffentliche Dienst war bei der Tarifierhöhung ständiger Vorreiter.

Vom Ergebnis her betrachtet – 1,2 Millionen Arbeitslose, kein sich selbst tragender Aufschwung – wirkt sich die Forderung nach schnellen **Lohnangleichungen**, ohne die **Produktivität** zu berücksichtigen, eigentlich wie eine Verabredung von Politik, Gewerkschaft und Wirtschaft gegen einen schnellen Aufschwung in den neuen Bundesländern aus. Die Politik wollte Wähler; die Gewerkschaft wollte Mitglieder; und die Wirtschaft West wollte keine Konkurrenz Ost.

Wir brauchen Korrekturen bei der Lohnpolitik. Wir brauchen Verbesserungen der Infrastruktur und stärkere Unterstützung von Investitionen. Am Arbeitsmarkt brauchen wir neue Instrumentarien wie den Lohnkostenzuschuß für bestehende Unternehmen. Was der Osten nicht braucht, sind billige Ratschläge und die Einführung der Gewerbesteuer.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Kollege Konrad Gilges.

Konrad Gilges (SPD): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Grund, die Zahl von 4,2 Millionen Arbeitslosen ist keine Frage der Statistik, sondern eine Frage des sozialen Lebens in unserer Republik. Dieser Frage sollten Sie sich einmal stellen, ehe Sie mit Zahlenspielereien anfangen und so tun, als gäbe es dieses reale soziale Problem überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD und der PDS – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Gerade in den fünf neuen Bundesländern gibt es dieses reale soziale Problem.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Sie haben nicht zugehört!)

Herr Rexrodt, Sie haben gesagt: Die Betriebsräte fordern die **Überstunden**. Das stimmt nicht. Der Arbeitgeber fordert Überstunden, und dies unterliegt

der Mitbestimmung. Das heißt, der Arbeitgeber entscheidet, ob in einem Betrieb Überstunden geleistet werden oder nicht. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Betriebsrat hat nur Mitbestimmungsrechte.

Ehe Sie zu dieser Frage weiter palavern, ist es sinnvoll, daß Sie sich sachkundig machen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

und sich einmal mit der Frage auseinandersetzen: Wie ist das denn in der Realität? Erst dann sollten wir weiter darüber debattieren.

Ich will mich einem speziellen Problem zuwenden, nämlich dem der vielen **arbeitslosen Bauarbeiter**. Wahrscheinlich werden wir in diesem Winter 400 000 arbeitslose Bauarbeiter haben. Als Beispiel nenne ich die Stadt Berlin. Dort wird es wahrscheinlich 30 000 arbeitslose Bauarbeiter geben. Das bedeutet, daß es unter den Bauarbeitern eine Arbeitslosenquote in der Größenordnung von 25 bis 30 Prozent geben wird – und das auf der größten Baustelle unseres Landes. Die Frage ist: Warum ist das so? Das hat drei Gründe.

Der erste Grund ist, daß Sie das Chaos im Zusammenhang mit den **Entsenderichtlinien** verursacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kann ich Ihre Argumentation überhaupt nicht verstehen. Das, was Sie uns dargeboten haben, war mehr als ausländerfeindlich. Es geht doch vielmehr darum, daß Sie nicht in der Lage waren, das Problem ordnungsgemäß zu lösen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb haben wir diese Schwierigkeiten gerade in diesem Bereich.

Zweitens. Sie haben die **Kommunen** ausgeblutet. Diese sind nicht mehr in der Lage, über Bauinvestitionen Arbeitsplätze, das heißt Arbeit, zu schaffen.

Drittens liegt die hohe Bauarbeiterarbeitslosigkeit daran, daß Sie das **Schlechterwettergeld** abgeschafft haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Daran kann man die Absurdität Ihrer Gesetzesmaßnahmen in den letzten zehn Jahren ablesen. Herr Blüm, Sie haben es mit der Abschaffung des Schlechtwettergeldes geschafft, die höchste Bauarbeiterarbeitslosigkeit seit den 50er Jahren zu erreichen. Das ist eine tolle Leistung.

Aber nicht nur das! Die Abschaffung des Schlechtwettergeldes hatte noch eine zweite Konsequenz. Sie

Konrad Gilges

- (A) wollten damit bei der Bundesanstalt für Arbeit 700 bis 900 Millionen DM einsparen. Aber das Gegenteil ist dabei herausgekommen. Die Abschaffung des Schlechtwettergeldes kostet die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr wahrscheinlich rund 2 Milliarden DM. Hier kann man die Absurdität Ihrer politischen Entscheidung sehen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Herr Blüm, wir sagen schlicht und einfach: Sie müssen das korrigieren. Wir werden in den nächsten Monaten hier in diesem Hause einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem das Schlechtwettergeld wieder eingeführt wird. Die Begründung wird lauten, daß wir in Zukunft damit 1,5 Milliarden DM bei der Bundesanstalt für Arbeit sparen werden. Dann werden wir sehen, ob Sie wirklich dazu bereit sind, Beiträge zu senken und Geld zu sparen. Wenn Sie dazu wirklich bereit sind, können Sie einer neuen Schlechtwettergeldregelung nur zustimmen. Tun Sie das!

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Was Sie jetzt gemacht haben, würde jeder Bauarbeiter auf der Baustelle als bekloppt ansehen. Sie sagen es auch so. Sie sagen: Diese Regierung ist so bekloppt geworden, daß sie die Konsequenz ihres Handelns schon nicht mehr bis zum Ende nachrechnen kann. Sie sollten einmal versuchen, das zu machen. Sparen Sie Geld, und führen Sie das Schlechtwettergeld wieder ein!

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Jetzt hat der Kollege Vogt das Wort.

Wolfgang Vogt (Düren) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Arbeitslosigkeit ist ein Stachel im Fleisch.

(Zuruf von der PDS: Das kann ich nicht mehr hören!)

– Herr Kollege, wenn Sie es nicht hören wollen, gehen Sie doch raus. Ich brauche Ihre Anwesenheit nicht. – Arbeitslosigkeit ist ein Stachel im Fleisch, und dieser Stachel schmerzt. Wir werden mit diesem Stachel aber nur fertig werden, wenn es uns gelingt, über mehr Investitionen und mehr Wachstum zu mehr **wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen** zu kommen. Wenn Investitionen und Arbeitsplätze den Umweg um Deutschland machen, dann werden wir das Ziel, diesen Stachel zu entschärfen, nicht erreichen. Wachstum ist eine Voraussetzung für Beschäftigung.

Frau Kollegin Beck, es gibt nicht nur das beschäftigungswirksame Wachstum. Ich verweise auf Wolf-

gang Klauder vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, der festgestellt hat, daß zwischen dem letzten Vollbeschäftigungsjahr 1973 und dem letzten Boomjahr 1992 die Zahl der Beschäftigten um 2,5 Millionen gestiegen ist. Aber die Zahl der Arbeitskräfte ist in der gleichen Zeit um 5 Millionen gestiegen. Wer an solche Zusammenhänge erinnert – das und nicht mehr wollte der Kollege Singhammer tun –, dem unterstellen Sie bitte keine Ausländerfeindlichkeit. Ich bitte Sie, ihn in diesem Sinne zu verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Ernst Schwanhold [SPD]: Er wollte mehr!)

– Nein.

Wir wollen, daß über Investitionen, über die Senkung der Staatsquote, über die Senkung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags und durch die Senkung der Arbeitskosten die Wettbewerbssituation unserer Wirtschaft verbessert wird.

Liebe Frau Kollegin Fuchs, Sie haben Ihr Bekenntnis zu Handlungsfeldern abgegeben. Ich nehme Ihnen dies ab. Ich stelle aber auch fest, daß ich dies immer dann, wenn es in diesem Hause konkret wird, aus Ihrem Munde zunächst einmal so nicht höre. Dieses „so nicht“ trägt nicht weiter. Sie werden in Bälde in diesem Haus vor weitere konkrete Gesetzgebungsvorhaben gestellt werden.

Frau Kollegin Fuchs, wir sind den schwierigen Weg gegangen – das ist niemandem von uns leichtgefallen –, die Beschäftigungsschwelle, die Schwelle, ab der **Wachstum zu Beschäftigung** führt, zu senken. Ich weiß, daß Sie das ablehnen. Vielleicht haben Sie recht; vielleicht haben wir recht. Wir werden uns in zwölf Monaten wieder sprechen.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Die letzten zwölf Monate haben gezeigt, daß Sie unrecht haben! – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Die letzten 14 Jahre sprechen für uns!)

Aber ich sage hier mit der gleichen Deutlichkeit: Wir haben auf diesem Feld keinen neuen Handlungsbedarf. Wir haben Informationsbedarf: Die Unternehmer sollten auch durch die Bundesregierung darüber unterrichtet werden, welche neuen Möglichkeiten sie haben, damit Wachstum früher zu mehr Beschäftigung führt, damit es zu mehr Einstellungen kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

– Wir sind ein Verein für offene Aussprache.

Das zweite kommt dazu. Wir brauchen natürlich auch eine Ablösung

(Zurufe von der SPD: Der Bundesregierung!)

Wolfgang Vogt (Düren)

(A) von beitragsfinanzierten versicherungsfremden Leistungen durch Steuern. Meine Damen und Herren, ich habe mich gefragt, warum die SPD, wenn es konkret wird, nicht handelt. Da bin ich auf einen Artikel von Bodo Hombach gestoßen, einem intimen Kenner der SPD. Er schreibt:

Sie

– die SPD –

flüchtet sich in den Dirigismus. „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt“ – dieser geschmacklose Slogan des Jugendparteitages hat viele vergrätzt und niemanden gewonnen. Wieder einmal hat sich gezeigt: Die SPD braucht nicht die grüne Partei als möglichen Regierungspartner im Bund, um die wahlentscheidende Mitte zu erschrecken; das schafft sie mit ihrer Vielstimmigkeit auch ganz alleine.

Er hat recht.

Bodo Hombach schreibt weiter:

Doch wer den Staat erneuern will, muß zuerst seine Partei erneuern. . . . Dabei kann sie von Tony Blair lernen. Nicht ohne Grund lautet die Reihenfolge in seinem erfolgreichen Motto: „New Labour – New England“. Die britische Labour-Partei war ein verstaubter, schwadronierender Klub von Pessimisten und von Nostalgikern, die jede Veränderung abblockten. Erst seitdem Blair in seiner Partei aufgeräumt hat, traut man ihm auch die Führung des Landes zu.

(B)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege, jetzt müssen Sie zum Schluß kommen.

Wolfgang Vogt (Düren) (CDU/CSU):

(C)

Von einer vergleichbaren Aufräumaktion ist die SPD noch weit entfernt.

Auch in dem Punkt hat er recht. Er erinnert an den 100. Geburtstag von Ludwig Erhard 1997 und schreibt:

Die SPD sollte sich an seine

– also an Ludwig Erhards –

Lehren erinnern. Sie sollte heute einen modernisierten Erhard gegen seine eigene Partei verteidigen – und damit die Wähler überzeugen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege, ich muß Ihnen jetzt das Wort entziehen.

Wolfgang Vogt (Düren) (CDU/CSU): Ich habe überlegt, ob Ottmar Schreiner der neue Erhard ist oder Konrad Gilges. Ich meine, von der Figur her eher Konrad Gilges. Ich gebe ihm die Zigarre dazu.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ulrich Irmer [F.D.P.] – Konrad Gilges [SPD]:
Ich bin Nichtraucher!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Wir sind damit am Schluß unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, 16. Januar, 9 Uhr ein.

(D)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 14.54 Uhr)

Berichtigung

149. Sitzung, Seite 13528 A, Anlage 6: Bei der abgedruckten Vorlage

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über den Stand der Abwicklung des Fonds für Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Verfolgte

ist statt der Drucksache 13/8542 „12/8542“ zu lesen.

(A)

Anlage 1**Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Behrendt, Wolfgang	SPD	15. 1. 97 *
Berger, Hans	SPD	15. 1. 97
Borchert, Jochen	CDU/CSU	15. 1. 97
Formanski, Norbert	SPD	15. 1. 97
Dr. Götzer, Wolfgang	CDU/CSU	15. 1. 97
Gröbl, Wolfgang	CDU/CSU	15. 1. 97
Dr. Hauchler, Ingomar	SPD	15. 1. 97
Dr. Heuer, Uwe-Jens	PDS	15. 1. 97
Kronberg, Heinz-Jürgen	CDU/CSU	15. 1. 97
Limbach, Editha	CDU/CSU	15. 1. 97
Müller (Völklingen), Jutta	SPD	15. 1. 97
Oesinghaus, Günther	SPD	15. 1. 97
Reschke, Otto	SPD	15. 1. 97
Dr. Schäfer, Hansjörg	SPD	15. 1. 97
Tröger, Gottfried	CDU/CSU	15. 1. 97
Tröscher, Adelheid	SPD	15. 1. 97
(B) Wimmer (Neuss), Willy	CDU/CSU	15. 1. 97
Zierer, Benno	CDU/CSU	15. 1. 97 *

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Anlage 2

Der im Nachtrag zum Plenarprotokoll 13/148, Seite 13475 A, unter Anlage 10 abgedruckte Redetext zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes war nicht von der Abgeordneten Ilse Falk (CDU/CSU) eingereicht worden, sondern vom Abgeordneten Erwin Marschewski (CDU/CSU)

Erwin Marschewski (CDU/CSU): Die Anpassung des Instrumentariums zur Verbrechensbekämpfung ist im Rechtsstaat eine ständige Aufgabe. Die heutige Änderung des G-10-Gesetzes belegt dies beispielhaft. Es handelt sich hierbei um eine unverzichtbare Novelle. Mit ihr werden die Möglichkeiten des Bundesnachrichtendienstes, der Verfassungsschutzbehörden und des militärischen Abschirmdienstes gesichert, dem Brief- oder Postgeheimnis unterliegende Sachen zu öffnen.

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

Es geht um eine Anpassung der Rechtsnormen, die die Überwachung des Postverkehrs sicherstellen. Wir müssen dies tun bei Gefahren für den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, bei Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, bei internationalem Terrorismus und bei internationalem Rauschgifthandel. Denn Dienstleistungen, die in der Vergangenheit durch die Deutsche Bundespost erbracht wurden, werden künftig in zunehmendem Maße von einer Vielzahl größerer und kleinerer privater Unternehmen erledigt. Nach geltender Rechtslage sind diese Privaten noch nicht zur Mitwirkung an Überwachungsmaßnahmen verpflichtet. Diese Lücke wollen wir schließen.

Die Regelungen des Entwurfs bedeuten also weder eine Verengung noch eine Erweiterung der Befugnisse der Dienste nach dem G-10-Gesetz. Vielmehr werden die bislang nicht zur Mitwirkung an Überwachungsmaßnahmen verpflichteten privaten Unternehmer der Post gleichgestellt. Zugleich werden Auskunftspflichten geregelt: Den zur Überwachung berechtigten Stellen muß Auskunft über Postfachnummern gegeben werden. Und schließlich werden die privaten Unternehmer verpflichtet, ihr Personal einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen zu lassen, wenn es bei Überwachungsmaßnahmen mitwirken soll.

Keine der Regelungen gibt Anlaß zu der Befürchtung, in Zukunft seien mehr Überwachungsmaßnahmen zu erwarten als bisher. Um so mehr werde ich um Ihrer aller Zustimmung zu dem Entwurf. Wir müssen gewährleisten, daß neue gesellschaftliche und technische Entwicklungen die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden nicht erschweren. Denn es geht darum, der organisierten Kriminalität das Handwerk zu legen, den Drogenhändlern, den Geldwäschern und dem illegalen Handel mit Atommaterial. Wir müssen den Behörden die notwendigen gesetzlichen Möglichkeiten geben, um Kriminalität, Gewalt und Extremismus wirksam zu bekämpfen! Das hier vorliegende Änderungsgesetz zum G-10-Gesetz stellt bloß ein Mosaiksteinchen auf diesem Weg dar.

Die Notwendigkeit weiterer Änderungen ist heute schon erkennbar. Schließlich gab es in den letzten Jahren nicht nur im Postdienstbereich, sondern erst recht im Fernmeldeverkehr erhebliche Veränderungen: der Marktöffnung folgende Aktivitäten privater Unternehmen und eine rasante technische Entwicklung. Deswegen: Lücken bei der Überwachung moderner Telekommunikationssysteme schließen! Insbesondere sind Ermächtigungsnormen für Maßnahmen der Fernmeldeüberwachung in der StPO, im Außenwirtschaftsgesetz und im G-10-Gesetz zu erweitern: Ausdehnung auf corporate-networks, Rechtsgrundlagen für Überwachung von Mail- und Voice-Boxen, Debit-Karten, Roaming-Abkommen, satellitengestützte Kommunikationssysteme, Krypto-Gesetz.

Ich lade die Opposition – wie zum Teil bereits bei den Beratungen zu dem heute gelesenen Entwurf – ein, mit uns gemeinsam diese Aufgabe anzugehen.

- (A) Denn ich meine, die gemeinsamen Beratungen mit der SPD zu den Änderungsanträgen des Bundesrates waren konstruktiv. Ich hoffe, daß sich daher ein Vermittlungsverfahren erübrigt.

Die Verbesserung der Verbrechensbekämpfung muß Thema des Jahres 1997 sein. Wir alle, Regierung und Opposition, müssen uns dieser wichtigen Aufgabe gemeinsam stellen.

Anlage 3

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Eduard Lintner auf die Frage des Abgeordneten **Frederick Schulze** (CDU/CSU) (Drucksache 13/6691 Frage 1):

In welchem Umfang beabsichtigt die Bundesregierung zukünftig die eigenständige Einheit innerhalb der Bereitschaftspolizei beim Erwerb der notwendigen technischen Ausstattung zu unterstützen?

Der Bund beschafft auf seine Kosten Führungs- und Einsatzmittel (FEM) zur Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder. Hierfür stehen aus dem Haushalt 1997 DM 34 Mio. zur Verfügung. Damit wird erreicht, daß die geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizeien der Länder untereinander und zum Bundesgrenzschutz kompatibel und somit die Voraussetzungen für erfolgreiche Einsätze im größeren Rahmen gegeben sind.

- (B) Grundlage hierfür bilden die bestehenden bilateralen Verwaltungsabkommen des Bundes mit den Ländern und die für die Ausstattung der Einheiten bindende Ausstattungsnachweisung.

Das von der Ständigen Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder am 21./22. November 1996 im Rahmen der Reform der Bereitschaftspolizeien verabschiedete neue Musterverwaltungsabkommen und die neue Ausstattungsnachweisung bilden die Grundlage für neue bilaterale Verhandlungen in diesem Jahr. Damit wird sichergestellt, daß die Länder auch weiterhin mit zeitgemäßen Führungs- und Einsatzmitteln durch den Bund ausgestattet werden.

Anlage 4

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Michaela Geiger auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU) (Drucksache 13/6691 Fragen 4 und 5):

In welchem Umfang (Anzahl und Wert) hat die Bundesrepublik Deutschland seit dem 1. Januar 1990 bis jetzt kostenlose Militärlieferung in Form von Lkws, Panzern, Luftfahrzeugen, Schiffen etc. an Polen geleistet?

Trifft der am 20. Dezember 1996 in der „Frankfurter Rundschau“ aus dem polnischen Magazin „Nie“ wiedergegebene Bericht zu, wonach das Bundesministerium der Verteidigung den polnischen Streitkräften die Lieferung von 1 000 Jeeps und zwei ostseetauglichen U-Booten in Aussicht gestellt hat?

Zu Frage 4:

(C)

Das Bundesministerium der Verteidigung hat auf der Grundlage von entsprechenden Vereinbarungen mit dem Verteidigungsministerium der Republik Polen folgendes Material aus Beständen der ehemaligen NVA unentgeltlich an die polnischen Streitkräfte abgegeben:

- Sanitätsmaterial
- 18 Kampfhubschrauber Mi-24
- 31 Strahltriebwerke MIG-21/23

Abgabewerte für dieses Material wurden nicht festgesetzt.

Zu Frage 5:

Das Bundesministerium der Verteidigung hat in der Vergangenheit die Lieferung von Jeeps (VW-Iltis) und U-Booten an die polnischen Streitkräfte erwogen und darüber Gespräche mit dem Verteidigungsministerium der Republik Polen geführt. Das Vorhaben wird nicht mehr verfolgt.

Anlage 5

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Johannes Nitsch auf die Fragen der Abgeordneten **Dr. Elke Leonhard** (SPD) (Drucksache 13/6691 Fragen 8 und 9):

(D)

Über welche Fakten hinsichtlich der Häufigkeit, regionalen Streuung und des durchschnittlichen Umfangs (in t) von sog. fuel dumps (Notablassen von Flugtreibstoff) verfügt die Bundesregierung, und welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung auf Grund interner und externer Gutachten, um sicherzustellen, daß von ihnen keine Gefahren für die Bevölkerung und die Umwelt ausgehen?

Welche Informationspflichten gibt es bei derartigen Vorfällen, und kann es als sicher gelten, daß die Aufsichtsbehörden über alle fuel dumps informiert sind?

Zu Frage 8:

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Fakten über Treibstoffschnellablaß ist eine regional schwerpunktmäßige Zuordnung nicht gegeben. Die Menge des abgelassenen Treibstoffes bewegt sich jeweils zwischen 3,5 und 70 t.

Nach Auskunft der Deutschen Lufthansa AG geschieht das Ablassen von Treibstoff bei einer Flugeschwindigkeit von ca. 450–500 km/h über Schnellablaßventile, wobei die Gesamtrate für das Treibstoffablassen im Bereich von ca. 1 660 kg/Min. liegt. Bei diesen Daten beträgt die Verteilung ca. 0,2 kg/m Flugstrecke. Erfahrungsgemäß verteilt sich Treibstoff in Abhängigkeit von der Flughöhe auf eine erhebliche Breite. Wenn nur eine Breite von 1 000 m unterstellt wird, ergibt sich somit eine Verteilung von 0,2 g/qm Grundfläche. Nach dem Studium des National Research Council von Kanada ergaben Versuche mit Wasser, daß schon bei einer Geschwindigkeit von 100 km/h das Wasser nach Austreten aus den

- (A) Ventilen sofort zerstäubt und bei einer Flughöhe von 600 m völlig verdunstet. Da sich Düsentreibstoff ca. 6mal schneller verflüchtigt als Wasser, wurde ermittelt, daß Treibstoff schon bei Flughöhen ab 300 m nicht mehr den Boden erreicht.

Um eventuellen Gefahren für die Bevölkerung und die Umwelt zu begegnen, ist deshalb die Flugsicherung angewiesen, soweit es die Notsituation zuläßt, für einen kontrollierten Treibstoffablaß den Luftfahrzeugführern Mindestflughöhen von über 5 000 ft (ca. 1 525 m) über Grund für das Ablassen von Kerosin zuzuweisen.

Zu Frage 9:

Der Luftfahrzeugführer ist verpflichtet, die ihn kontrollierende Flugsicherungsstelle über den beabsichtigten Treibstoffschnellablaß zu unterrichten. Die Flugsicherung legt dem Bundesministerium für Verkehr halbjährlich eine Aufstellung der entsprechenden Meldungen vor.

Flüge nach Sichtflugregeln (z. B. Allgemeine Luftfahrt), die nicht von der Flugsicherung kontrolliert werden, sind in den Aufstellungen nicht erfaßt. Da es sich hierbei in den meisten Fällen um kleineres Fluggerät handelt, das nicht über Kraftstoffschnellablaßsysteme verfügt, können diese Luftfahrzeuge bei der Beantwortung der Frage ausgeklammert werden.

Anlage 6

(B)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Paul Laufs auf die Fragen des Abgeordneten **Jörg Tauss** (SPD) (Drucksache 13/ 6691 Fragen 11 und 12):

Trifft es zu, daß seit Monaten beim Bundesministerium für Post und Telekommunikation Anträge auf die Erteilung von Frequenzen für Wireless-Local-Loop-Anwendungen unbearbeitet liegen, und wenn ja, warum?

Welche Frequenzbereiche sind vom Bundesministerium für Post und Telekommunikation für die Durchführung von Feldversuchen vorgesehen?

Zu Frage 11:

Es trifft nicht zu, daß Anträge auf Zuteilung von Frequenzen einschließlich Versuchsfrequenzen für den drahtlosen Teilnehmeranschluß (Wireless Local Loop – WLL) seit Monaten beim BMPT unbearbeitet liegen.

Dagegen trifft es zu, daß das BMPT unter Hinweis auf ein noch zu entwickelndes Frequenznutzungskonzept für WLL, dessen Veröffentlichung im 1. Quartal 1997 vorgesehen ist und das insbesondere die für WLL-Anwendungen vorgesehenen Frequenzbereiche bzw. deren Frequenznutzungsparameter beinhalten wird, alle Zuteilungsanträge für Versuchsfunknetze positiv in den Fällen beschieden hat, in denen die beantragten Frequenzen in Deutschland für die vorgesehenen Nutzungen exklusiv verfügbar waren oder die Verträglichkeit mit anderen Frequenznutzungen im selben Band sichergestellt ist.

Zu Frage 12:

(C)

Im Entwurf des Frequenznutzungskonzeptes für WLL-Anwendungen sind in Deutschland folgende Frequenzen bzw. Frequenzbereiche vorgesehen:

I. 1880–1900 MHz für DECT-Anwendungen

II. 1900–1920 MHz bei Bedarf Erweiterungsbereich für DECT nach Freiräumung von existierenden Richtfunknutzungen (nach dem Jahr 2000)

III. 3,4–3,6 GHz für Anwendungen des Punkt-zu-Multipunkt (PMP) – Richtfunks

IV. 26 GHz für Anwendungen des Punkt-zu-Punkt (PP) – oder PMP-Richtfunks

Weitere Frequenzbereiche, wie beispielsweise ein Richtfunkband bei 2,5 GHz werden gegenwärtig auf ihre Nutzungsmöglichkeiten für den drahtlosen Teilnehmeranschluß untersucht. Für dieses Band hat jedoch das BMPT zusätzliche Anforderungen, die sich beispielsweise aus Frequenzbedarfen zukünftiger Mobilfunksysteme einer dritten Generation entwickeln werden, schon heute zu berücksichtigen.

Anlage 7

(D)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Klaus-Jürgen Hedrich auf die Frage des Abgeordneten **Hans Wallow** (SPD) (Drucksache 13/6691 Frage 13):

Wie haben sich seit dem Frühjahr 1996 die Auswirkungen der israelischen Absperrungsmaßnahmen um die Gebiete der palästinensischen Selbstverwaltung auf die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mit den palästinensischen Gebieten entwickelt?

Durch die israelischen Abschließungsmaßnahmen ist die Bewegungsmöglichkeit zwischen dem Gaza-Streifen und der West-Bank erheblich eingeschränkt worden. Dieses behinderte auch die Entscheidungsfindung der Verwaltung der palästinensischen Autonomiebehörde in bezug auf Entwicklungsvorhaben. Dies, aber auch z. B. die Knappheit von Baumaterialien (Zement), führte zur Verlangsamung der Umsetzung von vereinbarten Entwicklungsvorhaben. Experten und Gutachter waren ebenfalls in ihrer Bewegungsfreiheit behindert, bzw. mußten zeitweise aus Sicherheitsgründen ihre Tätigkeit von der Wohnung aus ausüben. Geplante Maßnahmen (z. B. Seminare) mußten kurzfristig örtlich verlagert werden, was i. d. R. zu Kostensteigerungen führte, oder fielen aus. Trotz der Behinderungen geht die Bundesregierung jedoch davon aus, daß die vereinbarten Maßnahmen weitgehend planmäßig verwirklicht werden können.

(A) **Anlage 8****Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Joachim Günther auf die Frage des Abgeordneten **Hans Wallow** (SPD) (Drucksache 13/6691 Frage 16):

Welchen arbeitsmarktpolitischen Effekt verspricht sich die Bundesregierung von dem in Remagen-Rolandseck geplanten Hans-Arp-Museum, dessen Bau mit Ausgleichsmitteln in Höhe von 13 Millionen DM aus der Bonn-Berlin-Vereinbarung mitgetragen werden soll, und sieht die Bundesregierung die Museumspläne durch juristische Auseinandersetzungen um einen Teil der für das Museum vorgesehenen Arp-Sammlung als gefährdet an (siehe „Süddeutsche Zeitung“ vom 17./18. August 1996, DIE WELT vom 19. August 1996)?

Neben der zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung und dem Ausbau des Wissenschaftsbereichs kommt der Stärkung des Kulturbereichs im Rahmen

der Umstrukturierung der Region Bonn besondere Bedeutung zu. Die Ausgleichsvereinbarung sieht dafür einen Betrag von 100 Millionen DM vor. Das Arp-Museum in Rolandseck wird die Museumslandschaft der Bundesstadt Bonn nach Süden abrunden und damit einen wichtigen Faktor insbesondere für die weitere touristische Entwicklung der Region bilden. (C)

Gerade die weichen Standortfaktoren wie z. B. ein breites Spektrum kultureller Angebote sind für Unternehmensansiedlungen wichtig und haben somit einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert für die Umstrukturierung der Region.

Die Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz hat mitgeteilt, daß die juristische Auseinandersetzung um einen Teil der Arp-Sammlung keine Auswirkung auf das Museumsvorhaben habe; die für die Sammlung vorgesehenen Objekte befänden sich mittlerweile in Rolandseck.

(B)

(D)